



Protokoll Nr. 9

Sitzung von Donnerstag, 13. März 1997, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Martin Frick

Anwesend:

Ernst Aebersold
Silvia Aepli
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler Bonanomi
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess
Ursula Hirt

Andreas Hofmann
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Heinz Megert
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch
Maria Regli Schmucki

Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüeegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Franziska Stalder-Landolf
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Peter Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Peter Jenni

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Adrian Guggisberg
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Ursula Begert
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

7 Zonenplan Stadion Wankdorf (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft), Fortsetzung

Fraktionserklärungen (Fortsetzung)

Für die JBFL-Fraktion spricht *Ueli Stückelberger*. Die JBFL-Fraktion tritt klar für das Stadion Wankdorf und für eine sofortige und möglichst schnelle Realisierung des Projekts ein. Besonders darum, weil ja die Finanzierung des Projekts angeblich kein Problem darstellt. Die Fraktion hofft deshalb, dass nicht das gleiche ablaufen wird wie bei der NAHA 2. Bern als Hauptstadt braucht ein Stadion, in dem Länderspiele durchgeführt werden können, was im Moment nicht der Fall ist. Ein Sportstadion würde die Stadt beleben, und gewisse Negativfolgen müsste man deshalb in Kauf nehmen. Gleichzeitig ist die Fraktion für eine Vorlage, die für das Nordquartier eine möglichst geringe Belastung mit sich bringt. Man muss sich bewusst sein, dass das Nordquartier primär ein Wohnquartier ist, dass man diesem Quartier etwas schuldig ist. Wir sind enttäuscht, dass vom Gemeinderat bisher nicht mehr konkrete Schritte zugunsten des Nordquartiers unternommen wurden. Immer wieder wurde viel versprochen, aber bis jetzt nur wenig davon umgesetzt. Diese Haltung ist auch in der Antwort des Gemeinderats auf die Motion Madl Kubik festzustellen. So möchte der Gemeinderat, dass Punkt 5, nämlich die Entlastung des Nordquartiers, nur noch als Postulat überwiesen wird. Das ist eine inakzeptable Hinhaltetaktik. Für die Fraktion ist die Interessenabwägung ein Balanceakt. Sie anerkennt, dass mit dem Zonenplan eine Verbesserung gegenüber der Mitwirkungsvorlage erreicht worden ist, dass die Anzahl der Parkplätze von 1300 auf 700 reduziert werden kann. Auch eine Reduktion der kundenintensiven Verkaufsfläche wurde vorgenommen. Weiter ist auch die ÖV-Erschliessung wesentlich besser, neu wird die Güteklasse A angestrebt. Trotzdem weist die Vorlage verschiedene Negativpunkte auf. Es sind immer noch zu viele Parkplätze vorhanden, wesentlich mehr als im Verkehrskommiss und in der Parkplatzverordnung vorgesehen sind. Die Fraktion würde es begrüßen, wenn die Finanzierung des Stadions möglich wäre ohne zusätzliche Nutzung. Auch den Weg via Überbauungsordnung fände die Fraktion besser. Störend sind die Parkplätze gegenüber der Papiermühlestrasse, eine Zweckentfremdung wäre leicht möglich, da die Gefahr besteht, dass diese für das Einkaufszentrum gebraucht würden. Bei einer Abwägung aller Interessen akzeptiert die JBFL-Fraktion doch grundsätzlich das Projekt, so wie es jetzt vorliegt. Ein Kompromiss ist notwendig, wenn ein Privater gefunden wird, der das ganze Stadion finanziert. Jedoch können wir der Vorlage nur zustimmen, wenn die Rahmenbedingungen noch optimiert werden.

Der Rückweisungsantrag der Fraktion GB/JA! ist abzulehnen. Über den Brief vom Ovalen Tisch war Ueli Stückelberger nicht informiert, dieser drückt nicht die Meinung von JBFL aus und auch nicht die Meinung des Präsidenten der Regionalgruppe Bern, im Vorstand wurde darüber nicht gesprochen. Zum ersten Teil der Rückweisung: Die Veränderungen, die vorgeschlagen werden, sind kein Grund für eine Rückweisung, da sie auch mit der jetzigen Vorlage noch zu erreichen wären. Zum zweiten und dritten Teil: Weitgehend können diese Bestandteile auch mit der Motion Madl Kubik erfüllt werden, deshalb beantragen wir, dass die Punkte 4 und 5 der Motion überwiesen werden. Allein aufgrund der Punkte, die in der Motion nicht enthalten sind, lohnt es sich nicht, die ganze Vorlage zu gefährden. Wir stehen nur für Anträge ein, die die Vorlage als Ganzes nicht gefährden. Wichtigste Massnahme ist die Aufhebung der Parkplätze gegenüber des Stadions, so wie es die PVK beantragt. Dies ist kein Experiment, sondern ein Antrag; ein Antrag, der auch nicht destruktiv ist, sondern eine Brücke für das Nordquartier, damit eine Lösung gefunden wird, mit der sowohl die Stadionbefürworter wie auch das Quartier leben können. Die Parkplätze gegenüber der Papiermühlestrasse stehen in einem engen Zusammenhang mit der Nutzung des neuen Stadions. Es darf nicht sein, dass diese Parkplätze für die Nutzung des Stadions gebraucht werden. Dafür sind Parkplätze im Stadion vorhanden. Eine Festlegung der Anzahl an Parkplätzen innerhalb des Wirkungsbereichs, so wie es jetzt vorgesehen ist, bringt überhaupt nichts, wenn nebenan die Möglichkeit besteht, auf 500 Parkplätzen parken zu können. Man muss sich bewusst sein, was dies hinsichtlich Luft und Lärm bedeuten würde. Das Gebiet gegenüber des Stadions soll endlich zu einer Grünzone werden, so dass es attraktiv wird für das Nordquartier. Die Fraktion will eine freie Allmend von der Papiermühlestrasse an. Ohne den PVK-Antrag besteht die Gefahr einer Zweckentfremdung der Parkplätze.

Man muss zusammenfassend feststellen, dass diese Anträge sehr gemässigt sind. Sie verlangen keine radikale Aufhebung aller Parkplätze, sondern nur eine Reduktion. Die PVK hat sich die Mühe gemacht, ausgewogene Anträge zu suchen und zu beschliessen, angesichts der drohenden Rückweisung ein klarer Mittelweg. Weder die Vorlage noch der Infrastrukturvertrag zwischen der Bauherrschaft und der Stadt werden durch die Anträge gefährdet. Es sind keine neuen Verhandlungen zwischen der Stadt und der Bauherrschaft notwendig. Das sieht man auch daran, dass sich der Bauherr, Marazzi, nicht gegen die Anträge geäussert hat.

Zweitens führt der Antrag der PVK auch zu keinen nennenswerten zeitlichen Verzögerungen. Dies wird der Gemeinderat zwar bestreiten, doch überzeugen dessen Argumente nicht. Was klar ist: Wenn man eine Änderung der Vorschriften und des Wirkungsbereichs vornimmt, braucht es erneut eine öffentliche Auflage, so wie dies immer der Fall ist bei kleinen Änderungen an Vorlagen. Dies führt bloss zu einer kleinen Verzögerung und gefährdet den Termin der Abstimmung in keiner Weise. Im schlimmsten Fall braucht es eine Mitwirkung, aber auch die kann auf sehr wenige Tage beschränkt werden, wie dies das Beispiel «Swatchmobil» in Biel gezeigt hat. Zu sagen, es gehe nicht, bedeutet einfach, nicht wahrhaben zu wollen, dass es eben durchaus schnell gehen kann. Es ist letztlich eine Frage des Willens. Offensichtlich mangelt es aber an diesem Willen, was bedenklich ist. Man scheint die Legislative nicht richtig ernst zu nehmen. Aber es ist nun mal die Legislative, die zuständig ist für die Planungsvorlagen und das Recht hat, an Vorschriften etwas zu ändern. Dass das nicht akzeptiert werden kann, zeugt von einem schlechten Demokratieverständnis. Fazit: Der Antrag der PVK ergibt keine nennenswerte zeitliche Verzögerung.

Auf das Argument, dass der PVK-Antrag nicht richtplankonform sei, hält Ueli Stüchelberger fest, dass die Legislative grundsätzlich nicht an Richtpläne gebunden ist, auch wenn im vorliegenden Fall der Antrag doch richtplankonform ist. Im Richtplan steht nur über Sockelangebot und Grösse, nicht aber betreffend Standort etwas. So steht im Koordinationsblatt S1 des Richtplans, dass die räumliche Anordnung des Sockelangebots nur ein Zwischenergebnis ist, d.h. man kann noch neue Standorte suchen. Der PVK-Antrag verlangt nicht die Reduktion des Sockelangebots oder eine Aufhebung, sondern verlangt, dass diese konkreten Parkplätze, die Oskar Balsiger beschrieben hat, aufgehoben werden. Ob nachher ein Ersatz dafür möglich ist, wird gar nicht ausgeschlossen. Weiter hält das Koordinationsblatt Nr. 2 fest, dass man für die Lastwagen sowieso einen neuen Standort suchen muss. Darum ist das Argument des Lastwagenabstellplatzes keines. Weiter spricht das Koordinationsblatt S1 von einer Aufwertung von Teilen der Grossen Allmend, und man muss sich fragen, was denn damit gemeint sei, wenn nicht die Aufhebung von Parkplätzen und die Vergrösserung der Grünzone. Dieser Punkt ist im Richtplan als Festsetzung aufgeführt und nicht nur als Zwischenergebnis. Zusammengefasst hält Ueli Stüchelberger fest, dass der Antrag der PVK richtplankonform ist und dass eine Durchführung möglich ist, wenn man sie will. Zum Antrag des Gemeinderats: Die Fraktion sieht darin keine Alternative oder brauchbaren Kompromiss. Der Antrag ist viel zu vage formuliert und geht die Probleme nicht an, er ist zu unverbindlich und inhaltlich schwammig. Dazu kommt, dass er rechtlich nicht durchführbar ist. Eine Planungsvorlage kann nicht von einer Baubewilligung abhängig gemacht werden. Wenn die Bauherrschaft einen gültigen Zonenplan hat, und dieser genehmigt ist, kann sie ein Baugesuch einreichen mit dem Anspruch, dass eine Baubewilligung erteilt wird. Man kann dies nicht davon abhängig machen, ob die Parkplätze in einem andern ESP-Gebiet ersetzt werden, denn dies bräuhete unter Umständen eine Finanzierungsvorlage. Für die JBFL-Fraktion ist das Vertrauen in den Gemeinderat betreffend ESP-Wankdorf am abnehmen, z.B. hat er auch versprochen, dass die NAHA 2 den Stimmbürger nichts kosten würde, und jetzt kostet es indirekt doch etwas. Die Frage drängt sich auf, wieso der Gemeinderat, wenn er die Parkplätze in der Grünzone aufheben will, dies nicht schon längstens gemacht hat. JBFL vermutet, dass es beim Kompromissantrag des Gemeinderats primär darum geht, dass die PVK-Anträge sich nicht durchsetzen können.

JBFL ist aus folgenden Gründen für die PVK-Anträge: Sie stellen keine Gefährdung für die Vorlage dar, sie führen zu keiner wesentlichen zeitlichen Verzögerung, die Anträge sind richtplankonform und dem Nordquartier wird endlich etwas geschenkt. Die Brücke, die hier geschlagen werden kann, wird dazu führen, dass keine oder nur wenig Beschwerden gegen den Zonenplan ergriffen werden.

Die JBFL-Fraktion beantragt, die Rückweisung abzulehnen. Wenn die PVK-Anträge durchkommen, wird die Fraktion dem Zonenplan zustimmen. Sollten die Anträge nicht durchkommen, jedoch der Kompromissantrag des Gemeinderats, könnte die Fraktion dem Zonenplan mehrheitlich nicht mehr zustimmen.

Hans Peter Riesen äussert für die SD-Fraktion, dass diese dem Zonenplan des Gemeinderats zustimmen kann. Wenn private Investoren sich bereit erklären, sich an dem Stadionneubau zu beteiligen, sollte der Zonenplan nicht mehr derart verändert werden, dass der Bau verzögert oder überhaupt nicht realisiert werden kann. Die Linksparteien erklären immer wieder, keine Verhinderungspolitik zu betreiben. Sie stellen aber unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Forderungen auf, um letztlich den Stadionneubau zu verunmöglichen. Wenn auch Stadtpräsident Baumgartner für den Zo-

nenplan ist, dann muss dies doch ein gute Sache sein. Er hat ja einmal gesagt, er sei der Stadtpräsident für alle, also auch für die, die den Stadionbau realisieren möchten. Die Schweizer Demokraten werden keinem Änderungsantrag zustimmen, der den Stadionneubau verzögert oder gar verhindert. Den Zonenplan so abzuändern, dass noch mehr Parkplätze gestrichen werden, ist nicht akzeptabel. Der Standort Wankdorf ist der ideale Ort, wo ein solches Projekt realisiert werden kann, liegt er doch in der Nähe der Autobahn und ist mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen. Aber auch der beste Fahrplan nützt nichts, wenn der öffentliche Verkehr auf den verstopften Strassen nicht zirkulieren kann. Wenn mit der Zonenplanänderung Parkplätze gestrichen werden, wird dies bei Veranstaltungen unweigerlich zum Chaos führen. Oskar Balsiger hat dies bereits erwähnt. Dann beginnt nämlich für die Autofahrer die Suche nach einem Parkplatz im Quartier, und dies wird einerseits die Quartierbevölkerung des Nordquartiers nicht akzeptieren, andererseits ist es ökologisch ein Unsinn. Wenn ein-treffen sollte, dass weitere Parkplätze gestrichen werden, sieht sich die SD-Fraktion gezwungen, noch einmal über die Bücher zu gehen und zu überlegen, ob sie dem Zonenplan zustimmen kann. Hans Peter Riesen erklärt, dass er schon seit über zwanzig Jahren im Nordquartier wohnt und sich zutraut, die Situation zu kennen; im Gegensatz zu Oskar Balsiger und Michael Jordi. Ein Auto, das auf einem Parkplatz steht, braucht weniger Energie und Platz, als wenn es im Quartier herumkurvt auf der Suche nach einem Parkplatz. Wenn ein Besucher oder eine Besucherin mit dem Auto an eine Veranstaltung will, nimmt sie oder er das Auto, ob nun 400 oder 1000 Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die Schweizer Demokraten können dem Zonenplan zustimmen, der Standort ist ideal und wird mit dem öffentlichen Verkehr optimal erschlossen. Die Investition und die Schaffung neuer Arbeitsplätze kommen momentan sehr gelegen, was sich auch die Vertreter der Gewerkschaften zu Herzen nehmen sollten. Wir haben gegenwärtig in der Stadt Bern rund 4500 Arbeitslose, das sind 6%. Eine so hohe Arbeitslosigkeit gab es nicht einmal in den Krisenzeiten der dreissiger Jahre. Neue Arbeitsplätze sind also willkommen. Dass die Bundeshauptstadt dringend ein neues Stadion braucht, darüber muss hier nicht diskutiert werden. Hans Peter Riesen hofft, dass die Mehrheit des Rates dem unveränderten Zonenplan zustimmen kann. Im Interesse des Gewerbes, des Sportes und auch im Interesse des Arbeitnehmers.

Für die EVP/LdU-Fraktion spricht *Ursula Rudin-Vonwil* (LdU). Ihre Fraktion unterstützt ebenfalls das Stadion Wankdorf. Sie sagt ja zum Projekt, aber nicht um jedem Preis. Bei der Lektüre des gemein-derätlichen Vortrags entsteht der Eindruck, dass das Projekt um jeden Preis durchgedrückt werden soll. Die zweifellos positiven Punkte wie die neuen Arbeitsplätze und das in Aussicht gestellte nationale Stadion werden überbewertet. Das Parkplatzproblem, die Folgen eines Einkaufszentrums, die Sorgen der Quartierbewohner/innen und die Ökologie sind für den Gemeinderat kaum der Rede wert. Es gibt aus der EVP/LdU-Fraktion Stimmen, die einer Rückweisung den Vorrang geben möchten. Sollte das Geschäft nicht zurückgewiesen werden, wird die gesamte Fraktion die PVK-Anträge unterstützen. Dem Antrag des Gemeinderats kann die Fraktion jedoch nicht folgen, weil sie darin zu viel Unsicherheiten sieht. Sogar dem Ja zum Stadionneubau stehen nicht unwesentliche Bedenken gegenüber. Das Sportstadion an und für sich ist unbestritten. Im Wissen, dass dieser Neubau auch finanziert werden muss, hat die Zusatznutzung in Form eines Einkaufszentrums aber bereits grössere Bedenken ausgelöst. Ist ein Einkaufszentrum wirklich das richtige an diesem Standort? Hat ein Einkaufszentrum Einfluss auf die bereits bestehenden Quartierläden und auf die Läden in der Innenstadt? Ist nicht die Zusatznutzung der Grund, dass auf die Parkplätze auf der hinteren Allmend Druck ausgeübt wird? Fördert das Einkaufszentrum noch mehr Verkehr in den Quartieren? Alle diese Fragen müssen ehrlicherweise mit Ja beantwortet werden.

Der ziemlich eng anliegende Perimeter um das Wankdorf-Stadion ermöglicht, dass die Rasengitterparkplätze nicht zur Diskussion stehen sollen. Aus den Reaktionen der Wirtschaftsverbände geht klar hervor, dass mit den Parkplätzen ausserhalb des Perimeters auf der hinteren Allmend gerechnet wird, mit den Parkplätzen also in der Grünzone. Zitat aus dem Appell der Wirtschaftsverbände in der Berner Zeitung vom 5.3.97: «Zudem würde die ohnehin schon schwierige Parkplatzsituation durch die vorgesehene Streichungsaktion noch weiter verschärft.» Dies ist der Grund, wieso diese Parkplätze zum Gerangel oder zur Feilscherei geworden sind. Und dies ist auch genau der Grund dafür, dass diese Parkplätze in die Planungszone einbezogen werden müssen. Alles andere ist unrechtmässig. Der Gemeinderat und der Kanton möchten die Forderung nach einer Aufhebung der Rasengitterparkplätze in der Grünfläche verunmöglichen, indem sie sich auf den Richtplan für den ESP-Wankdorf berufen. Dem gegenüber sei gesagt, dass das Volk im Nutzungszonenplan in diesem Bereich einer Grünfläche zugestimmt hat. Ein Richtplan wird nur von den Behörden genehmigt. Dazu hat das Volk noch nichts zu sagen gehabt. Der Nutzungszonenplan aber wird vom Volk abgesegnet. Das Gewicht, das man jetzt dem Richtplan beimisst, ist für die EVP/LdU-Fraktion unverständlich und ungerechtfertigt. Niemand wurde übrigens gefragt, ob diese Parkplätze in der Grünzone gewünscht werden und schon gar nicht, ob sie errichtet oder erbaut werden dürfen. Wenn es also so einfach

war, diese Parkplätze zu erstellen, dann kann es auch nicht so schwierig sein, sie wieder zu entfernen. Die Stadtbevölkerung und vor allem die Nord-Quartierbewohner/innen haben das Recht auf die Wiederherstellung einer zonengerechten Nutzung. Wenn man an die Quartierbevölkerung denkt, die von dieser Planung betroffen ist, dann müssten sich einige Stirnen in Falten legen. Die Quartierbevölkerung wird nämlich gleich doppelt überrollt. Einerseits von den Behörden, die das Naherholungsgebiet kappen und sich über Volksbeschlüsse hinwegsetzen, andererseits von den Autos, die scharenweise rumfahren, um sich dann in der Grünfläche zu lagern. Also, wer den Neubau will und dazu noch in schöner Umgebung, der stimme den PVK-Anträgen zu.

Arnold Bertschy (CVP) spricht für die CVP/ARP/FPS-Fraktion. Eigentlich tönt es ja fast wie eine unglaubliche Geschichte. In einer schwierigen Zeit, in der Hiobsbotschaften über Betriebsschliessungen und zunehmender Arbeitslosigkeit an der Tagesordnung sind, und in der vor allem den Wirtschaftsvertretern der Mut und der Wille zur Innovation abgesprochen wird, finden sich gerade in Bern Investoren, die bereit sind, Geld in ein Projekt zu investieren, das die Region und die Stadt aufwertet, der Allgemeinheit dient und vor allem während der Realisierung und durch die spätere Nutzung vielleicht Arbeitsplätze sichert. Die gleichen Investoren sind auch bereit, die Pflichten, die man ihnen auferlegt, zu akzeptieren und das Projekt zu realisieren. Und jetzt gibt es in diesem Rat Leute, die dieses Projekt mit allen Mitteln und fadenscheinigen Argumenten zu verhindern versuchen. Im Stadion Wankdorf ist unter anderem, wie in anderen Stadien auch, der Aufruf zu lesen: «Wir wollen fairen Sport». Die Fraktion CVP/ARP/FPS verlangt von allen Stadtratsmitgliedern eine faire Behandlung der Vorlage. Denn was heute hier zum Teil geschieht, ist in vielen Punkten nicht fair. Oder sonst soll man doch einmal erklären, warum während der verschiedenen Planungszeiten der Planungssperimeter nie in Frage gestellt wurde. Ein solches Verhalten ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürger, gegenüber dem Gemeinderat und den Investoren nicht fair. Es ist aber auch gegenüber den späteren Benutzer/innen nicht korrekt, und dabei denkt Arnold Bertschy nicht nur an YB. Er denkt auch an einen Breiten- und an einen Nachwuchssport, an die vielen Jugendlichen, die dank eines enormen Einsatzes ihrer Betreuer einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen können. Man hat im Vorfeld dieser Debatte lesen können, dass man die heutige Anlage auch sanieren könnte und dass dies erst noch billiger wäre. Die Kollegen und Kolleginnen, die eine solche Meinung vertreten, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie nicht ganz richtig orientiert sind über den Zustand des heutigen Stadions und der Anlagen und vor allem über die Anforderungen, die heute von einem Veranstalter garantiert werden müssen, wenn Austragungen von nationaler und internationaler Wichtigkeit veranstaltet werden sollen. Aber wahrscheinlich ist gerade dies der springende Punkt. Es ist doch hinlänglich bekannt, dass es immer die gleichen Kreise und Gruppierungen aus dem Nordquartier sind, die gegen alles eintreten, das zu einer besseren Attraktivität des Gebiets um das Wankdorf-Stadion und das Messegelände führen könnte. Schon bei den Vorbereitungen zur NAHA 2 am runden Tisch war dies der Fall. Arnold Bertschy wird den Verdacht nicht los, dass diese Leute aus purem Egoismus handeln.

Die CVP/ARP/FPS-Fraktion bittet den Stadtrat, den Rückweisungsantrag und die PVK-Anträge abzulehnen. Man solle der Stadt Bern mit einem modernen Stadion die Chance geben, auch auf sportlichem Gebiet wieder eine nationale Bedeutung zu bekommen, und man solle die Investoren nicht vor den Kopf stossen, sondern sich bereit zeigen, deren Ideen zu unterstützen, dankbar, dass sie bereit sind, die Risiken zu tragen und etwas Sinnvolles für die Bevölkerung, die Stadt und die Region zu machen.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB) erklärt, dass die Grüne Partei Bern die Vorlage ablehnt, da sie für eine Renovation des bestehenden Stadions ist. Bis jetzt standen einerseits die 200 Mio. Franken, andererseits die Parkplatzfrage im Zentrum. Für die Grüne Partei sind jedoch in erster Linie die Auswirkungen des gewaltigen Neubaus mit dazugehörigem Einkaufszentrum auf die übrige Stadt und auf die Region wichtig. Ist es sinnvoll, heute noch ein solches Projekt zu bauen? Und welche Massnahmen dienen dem Fussball in Bern am besten?

Luzius Theiler sichert seine Unterstützung für eine Reduktion der Anzahl Parkplätze zu, auch wenn er der Ansicht ist, dass damit das Problem von der falschen Seite angegangen werde. Man soll nicht bei den Folgen, dem Verkehr, ansetzen, sondern bei den Ursachen, nämlich bei den Massnahmen, die diesen Verkehr, den man bekämpfen möchte, erst bewirken. Solange man technische, finanzielle und bauliche Sachzwänge schafft, die eine eigene Dynamik entwickeln, nützen alle nachträglichen Eingriffe wie Verträge oder Zonenordnungen nichts mehr. Wenn es später heisst, das Ganze rentiere sich nicht, wenn nicht noch dies und jenes gemacht wird, wird man seine Versprechen kaum einhalten können. Und darum glaubt Luzius Theiler all den Versprechen, Schutzmassnahmen, usw. nicht. Bei der NAHA 2 hiess es auch, sie koste nichts, so wie jetzt auch wieder gesagt wird, der Neubau

werde privat finanziert; nach der Abstimmung wird es dann doch heissen, aufgrund widerlicher Umstände, der Konjunkturlage, der Nachfrage etc. müssen die Gemeinwesen doch einspringen. Es wird bei einer Annahme der Vorlage genau gleich gehen wie bei der NAHA, da muss man sich keine Illusionen machen. Die ganze Planung ESP ist überhaupt eine einzige Leidensgeschichte von Versprechungen, die nicht eingehalten wurden. Vielleicht erinnert sich noch jemand, wie gesagt wurde, man müsse den Entwicklungsschwerpunkt durchführen wegen der S-Bahnstation, Stichwort: City-Schiene. Weil das eine einzigartige Möglichkeit sei, da alle Leute, die aus der ganzen Schweiz an Veranstaltungen kommen, direkt neben dem Stadion und der BEA aussteigen könnten. Inzwischen weiss man, dass diese S-Bahnstation wahrscheinlich nie gebaut wird. Die Grundvoraussetzung, mit der man das Ganze angefangen hat, ist eigentlich gar nicht mehr vorhanden, und trotzdem stützt man sich bei der weiteren Planung immer auf diese ESP-Vorgaben. In den Texten über den Entwicklungsschwerpunkt Bern-Wankdorf steht nirgends irgendetwas über ein neues Einkaufszentrum geschrieben. Kaum tritt aber Marazzi mit seinen 200 Mio. Franken auf, stellt man kurzerhand die ganze Planung auf den Kopf: Während neun Monaten beschäftigte sich die Berner Stadtplanung mit nichts anderem, als den Nachvollzug der privaten Wirtschaftsinteressen dieser Investoren planerisch festzuhalten. Dies nennt man dann Stadtplanung; in Wirklichkeit hat es damit, nämlich mit der Setzung von Prioritäten, überhaupt nichts zu tun.

Niemand kann doch bestreiten, dass in einer Zeit, in der die Bevölkerungszahl stagniert, in der der Konsum zurückgeht, es Auswirkungen gibt auf die Stadt und besonders auf das Quartier, wenn man in einem solchen gewaltigen Umfang Konsumpotential in ein neues Einkaufszentrum ableitet. Die Leute können doch das gleiche Geld nicht zweimal ausgeben, können doch nicht mit dem gleichen Geld sowohl im neuen Einkaufszentrum wie in ihren alten Läden konsumieren. Dies wird auch in der Umweltverträglichkeitsprüfung zugegeben: «...kann erwartet werden, dass Umsatzeinbussen nur für Geschäfte problematisch werden, die bereits heute an der Rentabilitätsschwelle wirtschaften und deren Zukunft damit unabhängig von einem neuen Einkaufszentrum unsicher ist». Welcher Detailhandelsladen im Quartier steht heute nicht an der Rentabilitätsschwelle? Luzius Theiler wundert sich, dass all die Stadträte der interfraktionellen Gewerbegruppe sich nicht dagegen wehren, dass dem Gewerbe mit einem solchen Projekt, das doch nur den Interessen der Grossverteiler Genüge leistet, derart in den Rücken geschossen wird. Und dass ausgerechnet dasjenige Gemeinderatsmitglied, das als Obervertreter des Gewerbes gewählt worden ist, dieses Projekt vertritt, erscheint ihm schon fast als zynischer Witz. Man muss klar sehen, wenn das Projekt gebaut wird, bedeutet das den Tod zahlreicher Quartierläden, das Quartier wird unattraktiv, und für Leute ohne Auto, für Alte und Leute mit Kindern wird es noch schwieriger, zu Fuss eine Einkaufsmöglichkeit zu finden. Deshalb muss man den Brief des Ovalen Tisches doch etwas ernster nehmen, vertritt er doch zweifellos die Meinung der Mehrheit des Quartiers. Es bringt nichts, wenn man die Partizipation der Bevölkerung auf die Fahne schreibt, um dann, wenn sich das Quartier wehrt, diese Meinung nicht zu berücksichtigen. Es ist die Meinung der Mehrheit der Parteien im Quartier, die wiederum die Mehrheit der Menschen repräsentieren, und diese ist ernst zu nehmen. Deshalb muss das Projekt zurückgewiesen werden.

Man kann durchaus die Meinung vertreten, dass Fussball kulturell und vom Unterhaltungswert her so wichtig ist, dass ein staatliches Engagement geboten ist. Aber wer würde für 100 Mio. Franken ein Museum bauen, wenn nur ein paar Amateurbilder zum Aufhängen zur Verfügung ständen. Man würde doch zuerst einmal ein paar Bilder kaufen und erst dann ein Museum bauen. Arnold Bertschy sollte doch bestens wissen, wohin es führt, wenn man riesige bauliche Investitionen tätigt, ohne dass ein wirklicher Bedarf und eine Nachfrage vorhanden ist. Wenn man also etwas für den Fussball in Bern unternehmen will, dann muss man sich entschliessen, ein paar Millionen in die Young Boys zu investieren, und dann kämen statt 4000 wieder 15000 Zuschauer, wie dies in Basel der Fall ist. Die Leute strömen doch ins älteste Stadion, wenn ein spannendes Spiel angesagt ist. Aber wenn der Tabellenzweitletzte gegen Bern spielt, dann kann das Stadion noch so gross, schön und komfortabel sein, es kommt niemand. Es ist deshalb der falsche Ansatz, jetzt in das Stadion zu investieren. Man muss, ähnlich wie bei den Museen oder im Stadttheater, in den Klub investieren, und dann könnte man z.B. auf die Tricots schreiben: «YB - Eine Stadtleistung». Spielte YB dann einmal in den Champions-League, wäre der Klub verpflichtet, dass das Geld wieder in die Stadtkasse zurückfliesst. Dies wäre eine sinnvolle Förderung und nicht umgekehrt.

Das heutige Stadion ist architektonisch und kulturhistorisch sehr wertvoll. So etwas kann man nicht einfach abreißen. Das Stadion wird im Quartierinventar Breitenrain-Wyler geradezu überschwenglich beschrieben und mit drei Punkten bewertet, was bedeutet, dass es erhalten und gut gepflegt werden muss. «Vor allem die Haupttribüne und die zweigeschossige Tribüne sind wichtige Zeugen bernischer Ingenieurarchitektur der Moderne. Die eleganten Stahlbetonbauten stehen in der Tradition moderner Stadionbauten» etc. Luzius Theiler hat grosse Zweifel, ob der Abriss im Baubewilligungsverfahren überhaupt genehmigungsfähig ist. Es wäre doch ein fatales Signal, wenn solche Inventare überhaupt nichts mehr gelten würden.

Der *Stadtratspräsident* entzieht Luzius Theiler das Wort wegen Redezeitüberschreitung.

Peter Linder (SVP) meint, wenn die Politiker in der Stadt und im Kanton Bern nicht mehr in der Lage seien, die Planungsgrundlagen für ein Stadion von nationaler Bedeutung, ein gutes Angebot also, wo genügend Arbeitsplätze vorgesehen sind, auszuarbeiten, dann müssten sie aufhören. Man kann nicht von Arbeitsplätzen reden und mit solchen Wahläusserungen Wähler finden und wenn man dann gewählt ist, Einsprachen und Änderungsvorschläge verlangen, die die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts Schritt um Schritt verkleinern und in Frage stellen. Wichtig ist auch, dass gerade in der heutigen Zeit, in dieser wirtschaftlichen Situation, mehr Sorge gegenüber den Privatinvestoren, die noch übrigbleiben, getragen wird.

Man darf nicht vergessen, dass in diesem Projekt ein neues Shoppingcenter entsteht und dass dann viele Stadtberner diesen kürzeren Weg einer Fahrt ins Shoppyländli Schönbrunn vorziehen werden. Natürlich vorausgesetzt, dass genügend Parkplätze vorhanden sind. Wenn diese Überlegung in den Köpfen der Konsumenten ist, dann können auch die Emissionen verringert werden. Weiter muss man berücksichtigen, dass die Schadstoffe der einzelnen Autos Jahr für Jahr verringert werden. Man darf aber nicht vergessen: Wenn man zu wenig Parkplätze zur Verfügung stellt, wird man wieder den Suchverkehr im Nordquartier haben, und das wollen wir ja nicht. Peter Linder hofft, dass alle im Stadtrat ohne Wenn und Aber dem Projekt zustimmen können.

Ernst Aebersold (FDP) äussert sich zum Text des Ovalen Tisches. Er findet es eine Frechheit, wenn Stadtratsfraktionen an einem ovalen Tisch mitmachen, einen Text verteilen und nachher der andern Seite vorwerfen, sie betriebe Stimmungsmache hier im Rat. Für ihn ist gerade dies aber Stimmungsmache. Ernst Aebersold wohnt seit 54 Jahren im Nordquartier und weiss wovon er redet. Er weiss, dass in diesem Nordquartier, mit dieser Parkplatzpolitik, laufend verhindert wurde, dass die Probleme gelöst werden. Oskar Balsiger hat als PVK-Sprecher ein Votum gehalten, das wie ein Einzelvotum, das er mit Andreas Hofmann abgesprochen hat, klang. Es ist nicht so, dass Oskar Balsiger einfach sagen kann, das Nordquartier leide so, und er rede, als Nicht-Nordquartierler, für das Nordquartier.

Der Stadtrat hat heute eine Verantwortung von grösster Bedeutung. Es ist eine Verantwortung für die Stadt Bern, für die Bevölkerung, für die Jugend, eine Verantwortung für den Sport, für Arbeitsplätze, für die Wirtschaft und vor allem für die Zukunft. Für das Nordquartier, um auf die 500 Parkplätze zu kommen, die an der Papiermühlestrasse abgeschafft werden sollen, bedeutet das, was hier von der PVK gesagt wurde, absolut keinen Brückenschlag zwischen der Bevölkerung des Nordquartiers und der übrigen Stadtbevölkerung. Warum hat sich die Bevölkerung im Nordquartier seit Jahrzehnten für ihren Lebensraum wehren müssen? Weil es in dem Gebiet Allmend-Wankdorf seit Jahrzehnten zu wenig Parkraum gibt. Man hat nie Parkraum geschaffen, es bleibt immer der gleiche Zustand. Das Nordquartier hat in dem vom Kanton und der Gemeinde Bern im Dezember 96 unterzeichneten Richtplan ESP-Wankdorf einen Hoffnungsschimmer gesehen; dass es vorwärts geht, und dass das Parkproblem gelöst wird. Aber dies soll nicht sein. Der grösste Teil der Nordquartierbevölkerung kann für eine weitere Aufhebung von Parkplätzen kein Verständnis mehr aufbringen. Die Aufhebung der 500 Parkplätze würde bedeuten, dass künftig die Autocars in das Quartier ausweichen müssten. Schon beim Zonenplan Vordere Allmend wurde mit den gleichen Argumenten gekämpft. Die Bevölkerung des Nordquartiers hat mit 70% Ja zum Messeplatz Bern gesagt und sie wird wahrscheinlich auch mit einer ähnlichen Zahl Ja zum Fussballstadion sagen. Wichtig ist, dass der Leist Bern-Nord 1995 an zehntausend Nordquartierbewohner/innen einen Fragebogen verschickt hat, in dem neben anderen Fragen auch die Frage nach dem Wankdorfstadion aufgeführt wurde. Tausend Antworten kamen zurück, 70% der Nordquartierbevölkerung stellten sich hinter das Projekt Stadion Wankdorf. Es ist Zeit, dass die Vorlage dem Volk unterbreitet wird. Ernst Aebersold bittet den Rat, dies zu machen, das Nordquartier werde dankbar sein.

Kurt Mäusli (SP) weist darauf hin, dass die Entscheidung, die der Rat zu treffen hat, weit über die Stadtgrenzen hinaus verfolgt wird und von Interesse ist. Diese Entscheidung berührt nicht nur die Stadt und die Region Bern, sondern sie ist von nationaler und gar internationaler Bedeutung. Auch in der SP-Fraktion wurde darüber ewig gestritten. Es prallten Meinungen aufeinander, und man fand sich gegenseitig nicht. Nach langem Suchen hat man in der Stadt Bern Investoren gefunden, die - was nicht selbstverständlich ist - auf privater Basis 200 Mio. Franken investieren wollen. Dies bedeutet Arbeitsplätze und würde dem Standort Bern gut tun. Dass diese Leute, wenn sie investieren, auch ein Interesse daran haben, dass das investierte Geld Gewinn bringt, kann man ihnen nicht verübeln. Das Wankdorf-Stadion wurde heute abend einfach als Fussballstadion verkauft, es ist aber ein polysportives Kulturzentrum. Wer das nicht weiss, war noch nie dort. Als Mitglied des Organisationskomitees des Verbandfestes des Satus, der 35000 Leute nach Bern gebracht hatte, konnte Kurt Mäusli an einer der schönsten Veranstaltungen im Wankdorf teilnehmen. Für ihn bedeutet das Stadion nicht einfach Fussball, sondern es ist eben ein Zentrum verschiedener Art und Weise. Kurt Mäusli ist froh,

dass Leute aus der Privatwirtschaft den Mut aufbringen, hier zu investieren, und dass die Stadt Bern wieder zu einem Fussballstadion kommt, in dem Länderspiele, wenn nicht gar Weltmeisterschaften durchgeführt werden können. In Deutschland redet man nicht von der Stadt Bern als Hauptstadt, sondern vom Wankdorf. Die Annahme der PVK-Anträge hätte zur Folge, dass sie in Widerspruch ständen zu den Richtplänen von 1996. Diese Richtpläne wurden von allen hier gefordert und genehmigt, und jetzt plötzlich sollen sie nicht mehr gelten. Jetzt sollen gerade die Parkplätze gestrichen werden, die für den Betrieb eines solchen Stadions von Wichtigkeit sind. Seien wir doch froh, dass die Cars dort parken können. Dass das Nordquartier verkehrsmässig belastet ist, hat Kurt Mäusli dem Polizeidirektor schon oft gesagt und er erwartet von diesem mehr Initiative. Polizeiliche Massnahmen zum Schutze des Nordquartiers sollen ergriffen werden, um das Nordquartier zu entlasten. Daran sind alle interessiert. Das Parken an der Papiermühlestrasse ist nicht mehr in Ordnung, die Bewohner werden wütend, was dann zwangsläufig zu solchen Diskussionen führt. Es geht letztendlich darum, ob Bern für Investoren überhaupt noch ein sicherer und interessanter Standort ist. Wenn der Stadtrat heute abend die Vorlage ablehnt, wird sich ein gewisses Misstrauen in den Standort Bern verbreiten, und dies wäre für die Zukunft nicht gut. Weiter hängt mit dem Projekt eine gewisse Arbeitsplatzsicherung zusammen, und darum stimmt Kurt Mäusli, im Gegensatz zur Mehrheit seiner Fraktion, der Vorlage des Gemeinderats vorbehaltlos zu, umso mehr als dieser mit seinem Kompromissvorschlag versucht hat, auch noch die Gegner der Vorlage zu überzeugen. Kurt Mäusli möchte dem Gemeinderat danken für seine Bemühungen.

Thomas Fuchs (JSVP) ist erschüttert ob der bisherigen Diskussion. Eine einhellige Unterstützung für dieses Zukunftsprojekt hat er zwar nicht erwartet, dass aber so viele Verhinderer im Rat sitzen, findet er bedenklich und nur schwer zu akzeptieren. Weil sich Marazzi nicht negativ geäussert habe, sei er nicht gegen die PVK-Anträge. Dies ist doch eine Verdrehung von nicht getätigten Äusserungen eines Generalunternehmers, und so kann man nicht vorgehen. Wenn die Bundeshauptstadt Bern nicht in der Lage und gewillt ist, die Stadionsvorlage zu verwirklichen, ist es tatsächlich besser, man sagt Nein dazu. Man soll aber in Zukunft auch nicht mehr mit dem Klagelied über Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle oder Stadtfucht auftreten. Man ist für das Stadion Wankdorf, jedoch immer nur mit einem Aber. Ein Aber bedeutet jedoch, dass alles, was vorher steht, weggelassen werden kann. Man soll deshalb so ehrlich sein, und Nein sagen. Die Stimmbevölkerung hat ein Anrecht darauf zu wissen, wer Arbeitsplätze vernichtet, wer wegen 500 Parkplätzen ein Projekt aufs Spiel setzt, wer zu den Totengräber/innen gehört. Ihre Meinung hier zu vertreten entspricht dem demokratischen Recht, auch wenn diese Meinung Thomas Fuchs oder anderen bürgerlichen Politikern und auch einigen von den letzten verantwortungsvollen Gewerkschaftlern nicht passt. Stehen Sie zu dem Nein und verstecken Sie sich nicht hinter einem Ja, aber...

Oder noch besser: Sagen Sie Ja ohne Aber zu dieser einmaligen Chance, sagen Sie Ja zu einem Projekt, das auch von Seiten der Banken befürwortet werden kann, weil es finanzierbar ist, Ja zum Mut der Investoren, die in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld etwas für Bern tun; etwas für die Jugend, etwas für den Sport, etwas für die Arbeitsplätze. Setzen Sie mit Ihrem Ja ein Zeichen des Optimismus und seien Sie nicht so kleinlich, denn Ihrem Anliegen kam man mit der Redimensionierung des Projekts bereits einen grossen Schritt entgegen. Ihr Ja wird in der Presse von allen Beteiligten als Signal für Weitsicht und Glaube an eine bessere Zukunft gedeutet. Genau dies hat Bern nötig. Es liegt an Ihnen, nehmen Sie die Verantwortung wahr und gehen Sie positiv in die Geschichtsschreibung der Stadt ein. Freuen Sie sich, wenn Sie einmal Ihren Enkeln erzählen können, Sie haben da mitgemacht.

Franco Sommaruga (SP) erklärt, dass es für ihn aus dem linken Spektrum nicht leicht sei, für das Stadion Wankdorf und nicht für das Projekt Parkplätze zu argumentieren. In der Fraktion hat es eine sehr lebhaft Diskussion gegeben. Er möchte die ganze Sache etwas anders darstellen, auch weil schon viel dazu gesagt wurde, und man denken könnte, die Meinungen seien bereits gemacht. Dies ist aber nicht der Sinn der Diskussion. Es geht darum, dass der Stadtrat heute abend sagt, ob er das Projekt Wankdorf will oder nicht. Franco Sommaruga will dieses Stadion. Und zwar möchte er, dass es am 8. Juni darüber zur Abstimmung kommt.

Vor der Weltmeisterschaft in Italien, 1990, hat man dort etwa 10 neue Stadien gebaut, und die Parkplatzfrage wurde dabei nie aufgeworfen. Dies soll in der Schweiz nicht gleich sein, denn wir sind anders, wir haben eine andere Geschichte, wir sind kleiner und haben vor allem eines nicht: die liberale Mentalität der Italiener. Was uns fehlt ist der Enthusiasmus für etwas Grosses ohne ewiges Wenn-und-Aber.

Man muss die verkehrspolitischen Überlegungen in Zusammenhang bringen mit den politischen Erwägungen. Was das Nordquartier betrifft, so ist bereits alles gesagt. Die Verkehrspolitik muss jedoch in ihrer Gesamtheit berücksichtigt werden. Franco Sommaruga denkt, dass beim falschen Projekt etwas durchgedrückt wird, und dabei die Gesamtübersicht verloren geht. Es geht nicht um das Projekt

Parkplätze, sondern um das Projekt Stadion Wankdorf. Die Realität ist so, dass in der heutigen Zeit nicht einfach mehr so geplant werden kann, sondern man muss mit den Akteuren, und dies sind die Wirtschaftsleute, wie in einer Mannschaft zusammenarbeiten und einen Weg finden. Für den Kompromiss, der vom Gemeinderat vorgelegt wurde, wird sich Franco Sommaruga einsetzen und auch dafür stimmen. Dann besteht die Chance, dass das Stadion am 8. Juni zur Abstimmung kommt. Viele sagen, es gehe einen Monat, wenn die PVK-Anträge angenommen würden, andere sagen 9 Monate oder gar 12. Dies ist eine der Fragen, die noch offen sind und auf die Franco Sommaruga keine Antwort weiss. Für ihn ist dies ein zu grosses Risiko, als dass ein solches Projekt einfach wegen 500 Parkplätzen fallen gelassen wird. Er bittet, dem Kompromissvorschlag des Gemeinderats zuzustimmen, und zwar mit Enthusiasmus, mit Freude und Lust und nicht mit Nörgelei.

Bernhard Hess (SD) fängt mit einem Gedankenspiel an: Eine Stadt im Osten, vielleicht Minsk oder Kiew, würde private Investoren finden, die für 200 Mio. Franken die baufälligen Stadien aus dem Sozialismus renovieren möchten. Selbstverständlich würde ein solches Projekt heute auch in den entsprechenden Parlamenten diskutiert. Erstens würde ein solches Angebot heute mit Handkuss und grösster Dankbarkeit angenommen, denn für diese Städte, eben Minsk oder Kiew, würde dies bedeuten, dass ihre z.T. sehr guten Fussballmannschaften ab sofort auf der internationalen Bühne mitspielen könnten. Es würde diese Städte aber auch überall in Europa bekannter machen, so bekannt wie Bern auf dem Fussballparkett wenigsten 1954 einmal war. 1954 hatte in einem denkwürdigen Spiel die deutsche Mannschaft gegen Ungarn gewonnen, und noch heute denken die Deutschen sehr gerne an dieses erfreuliche Ereignis zurück und reisen mit Cars an, um sich das Wankdorf-Stadion anzuschauen. Wenn man denn schon ein neues Projekt durchführt im Wankdorf, so könnte man ja die eine oder die andere Eigenheit erhalten. Dies würde das Argument von Luzius Theiler entkräften, dass das ganze Stadion unter Heimatschutz steht. Man würde also heute abend ein Projekt von 200 Mio. Franken, das der Stadt angeboten wird, ausschlagen. Was wäre das für ein Signal für unsern geplagten BSC YB, dem im Dezember des letzten Jahres noch 20 000 Franken zugesprochen wurden, wenn der Stadtrat heute abend sagen würde, wegen 500 Parkplätzen wird auf den Neubau des Stadions verzichtet, oder er wird verzögert?

Edith Madl Kubik (SP) verweist auf die Forderung Arnold Bertschys, dass gewisse Kreise aus dem Nordquartier endlich auf den Tisch legen sollen, was sie genau wollen. Dies wurde schon mehrere Male gemacht. Die SP hat vor knapp einem Jahr eine Motion eingereicht mit dem Titel "Ja zum Fussballstadion Wankdorf". Wenn Arnold Bertschy diese Motion gelesen hat, dann kann er dort sehr genau lesen, unter welchen Bedingungen die SP Ja zu diesem Fussballstadion sagen kann. Zu dieser Motion: Sie wurde von 38 Leuten unterschrieben, was nicht wenig ist. Der Gemeinderat hat trotz Kenntnis der Forderungen, die in dieser Motion nachzulesen sind, nämlich unter anderem eine Überbauungsordnung zu diesem Stadionkomplex, einen andern Weg gewählt. Er will einen Zonenplan mit Planungspflicht einrichten, um diesen dann dem Stadtrat und später dem Volk vorzulegen. Die relativ genauen, konkreten Vorschriften kommen einer Überbauungsordnung sehr nahe. Die Idee und der Wille des Gemeinderats, die Realisierung des Bauvorhabens auf diesem möglichst raschen Weg eines Zonenplans mit Planungspflicht anzustreben, ist verständlich. Man konnte es heute abend hören: Fast alle sind für ein neues Fussballstadion, stehen diesem oder doch wenigstens einer Sanierung des Altbaus positiv gegenüber. Ob eine Sanierung realisierbar ist oder nicht, kann Edith Madl Kubik nicht beurteilen.

Es wird aber nicht einfach über ein neues Stadion diskutiert. Das soll die bürgerliche Seite auch zur Kenntnis nehmen. Es wird in erster Linie über ein neues Einkaufszentrum diskutiert, über ein Projekt mit einer starken Steigerung des Verkehrsaufkommens, und der sportliche Aspekt tritt dabei in den Hintergrund. Edith Madl Kubik bedauert das. Der Gemeinderat hätte es in der Hand gehabt, diese Diskussion so vorzubereiten, dass man effektiv hätte über das Stadion diskutieren können und nicht über Parkplätze, Verkehrsaufkommen, usw.

Es geht bei diesem Projekt um 55 000 m² Bruttogeschossfläche, es geht um 14 000 m² Verkaufsfläche. Aufgrund der Projektideen, die vor einem Jahr sowohl in den Tageszeitungen wie von der Bauherrschaft vorgestellt wurden, musste man schon damals von einem grossen Projekt ausgehen. Aus diesem Grund hat die SP vor einem Jahr ihre Motion lanciert, um aufzuzeigen, wie sie die Dinge sieht.

Edith Madl Kubik ist überzeugt, dass man mit den PVK-Anträgen die Vorlage noch soweit korrigieren kann, dass sie für alle Seiten akzeptabel wird und dass sie auch für die Investoren eine machbare Sache wird. Diese investieren ja nicht in erster Linie für die Stadt Bern, sondern aus Eigeninteresse. Weiter hat die SP später zu Details noch Anträge zu stellen, um dort noch gewisse Verbesserungen anzubringen. Die weitere Diskussion wird zeigen, ob die ganze Motion Madl aufrechterhalten wird oder nur Teile davon. Edith Madl Kubik unterstützt ein Eintreten auf die Vorlage mit der Bedingung, dass die PVK-Anträge berücksichtigt werden.

Das Wort für den Gemeinderat hat Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*. Er dankt dem Referenten der Planungs- und Verkehrskommission für seine ausführliche Präsentation der Vorlage. Er hat in seinem Votum die Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt. Es ist eigentlich alles gesagt worden, was zu dieser Vorlage zu sagen ist. Die Voten haben gezeigt, dass in Bern eine bedeutungsvolle Entscheidung für die Zukunft gefällt wird. Die heutige Stadtratssitzung hat Auswirkungen und ein Echo weit über die Stadtgrenzen hinaus. Auch hat die bisherige Planung eine starke Beachtung in den Medien gefunden. Der Stadtrat wird heute die Frage zu beantworten haben: Wird Bern an seine Tradition anknüpfen und auch in Zukunft ein attraktiver Standort sein? Sind wir bereit, für die Jungen und für die nächsten Generationen eine Zukunftsinvestition zu machen, und werden wir zusammen mit dem Kanton das gesteckte Ziel erreichen, auf die Jahrtausendwende hin ein Sportstadion von nationaler Bedeutung zu besitzen? Wollen wir zu den ersten gehören und ein modernes Sportstadion anbieten können? Mit der Planungsvorlage ist innerhalb kürzester Zeit die Entscheidungsgrundlage geliefert worden. Und es wurde berücksichtigt, dass für eine Realisierung des neuen Stadions nicht mehr allzuviel Zeit zur Verfügung steht. Bern steht in Konkurrenz mit anderen Städten, mit Genf, das ein Stadion mit 25 000 Plätzen plant, mit Zürich, mit Basel, wo im März bereits die Baubewilligung erteilt wird. Wollen wir die Nase vorne haben oder wollen wir uns ins Mittel- oder Schlussfeld einreihen? Die Planung, die heute dem Stadtrat präsentiert wird, ist das Resultat eines intensiven Ringens. Es galt, für die unterschiedlichen Bedürfnisse und Standpunkte eine wirtschaftlich tragbare, ökologisch verantwortbare und politisch durchsetzbare Lösung zu erarbeiten. Die Planung und auch das Projekt basieren auf einer sinnvollen Idee. Mit der Verbindung von Einkaufszentrum und Sportstadion ergibt sich eine ideale Kombination, um den in der Stadt Bern knapp verfügbaren Raum haushälterisch zu nutzen. In der Idee ist aber auch enthalten, dass das Wirtschaftskonzept umgesetzt wird, und dass Bern seine Brückenfunktion wahrnimmt. Mit dem Stadion Bern-Wankdorf-2000, aus der Sicht des Gemeinderats ein Impulsprogramm für die Stadt und den Kanton Bern, sollen Impulse für die Umsetzung des immer wieder geforderten Prinzips der Partnerschaft gesetzt werden, einer Partnerschaft zwischen Stadt, Kanton und Privaten. Es sollen aber auch Impulse sein für die Wirtschaft. In der Stadt Bern - es wurde schon gesagt - gibt es inzwischen 6% Arbeitslose. Der vorliegende Zonenplan legt die Grundsätze fest für den Bau eines Stadions in einem dicht besiedelten Stadtraum. Er nimmt Rücksicht auf diese Vorgabe und er hält auch Spielraum offen für zukünftige Neuentwicklungen, etwa durch das Raumprogramm des Stadions. Mit dieser Vorlage werden wichtige Rahmenbedingungen eingehalten: Der Umweltgesetzgebung wird Genüge getan, und auch die Quartierverträglichkeit ist sichergestellt. Fazit: Es wurde nicht nur eine Planungsvorlage ausgearbeitet, sondern es wird auch ein entscheidender Beitrag geleistet zu einem neuen Stadion. Mit dieser Vorlage ist Artikel 26 der Raumplanungsordnung erfüllt, d.h. der Gemeinderat hat den kantonalen Behörden Bericht erstattet, dass den Zielen der Raumplanung und des Umweltschutzes Rechnung getragen wird. Mit dem Wettbewerb wird weiter die Qualität der Architektur sichergestellt. Vier wichtige Planungsinhalte: die Stadionplanung ist eingebettet in die Raumplanung des ESP-Wankdorf. Der Zonenplan ist ein integrierter Bestandteil. Die Nutzung, der Städtebau und der Verkehr sind aus dieser übergeordneten Planung abgeleitet, und für den Zonenplan sind die Konsequenzen festgelegt.

Die Güterversorgung, d.h. die Frage der Verträglichkeit mit dem Quartier, wurde berücksichtigt, und es wurden dementsprechend Massnahmen getroffen.

Der Umweltbericht stützt sich auf den ESP ab, und die erforderlichen Massnahmen sind koordiniert. Zum zulässigen Mehrverkehr und zu der Frage der Belastbarkeit der Strassen sind Grenzen gesetzt worden.

Bezüglich Luftreinhalteverordnung wurde eine Übereinstimmung mit den kantonalen Vorgaben hergestellt. Es gibt einen ganzheitlichen Planungsansatz und man hat die maximal zulässigen Autofahrten beschränkt.

Die Planung ist ausgewogen und entspricht den Anforderungen einer modernen Planung in diesem Quartier.

Ein paar Bemerkungen zu den Voten: Oskar Balsiger hat erwähnt, dass Toleranz nötig sei. Gemeinderat Guggisberg unterstützt dies. Man teilt mit dem Projekt einen Flecken Berns mit der Welt. Mit der Vorlage ist eine gute Nutzung möglich, sowohl als Stadion als auch als Einkaufszentrum. Dass die hintere Allmend dabei Freizeitraum bleibt, garantiert Gemeinderat Guggisberg. Die Planungsvorgabe des Gemeinderats und das Planungsvorgehen waren zielorientiert, es bleibt Freiraum offen für gestalterische Lösungen. Oskar Balsiger sagte auch, man habe Glück mit dieser Vorlage. Auch dies, und zwar in jeder Beziehung, wird von Gemeinderat Guggisberg unterstützt. Die Gefahr besteht, dass durch die verschiedenen Ansichten hier die Vorlage blockiert wird. Darum hat der Gemeinderat einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet. Es ist jedoch kein Spiel mit dem Feuer, wenn der Stadtrat diesem gemeinderätlichen Antrag folgt. In der kurzen

Zeit, die zur Verfügung stand, kann der Gemeinderat nicht etwas versprechen, was er nachher nicht halten kann.

Michael Jordi hat die Vorlage generell in Frage gestellt und will eine Rückweisung derselben. Wo sind denn nun all die innovativen Ideen und die Begeisterung, die seine Partei während der Wahlen auf den Plakaten versprochen hatte? In seinen Ausführungen war kein einziges Argument für ein Stadion herauszuspüren, er hat keinen einzigen Lösungsansatz präsentiert. Er hat sich darauf beschränkt, zu kritisieren und den Weg zu verbauen. Gemeinderat Guggisberg ist enttäuscht von dieser Argumentation und von dieser Kritik ohne Vorschläge. Michael Jordi weiss ganz genau, wenn seine Anträge erfüllt würden, bedeutete dies den Tod der Vorlage. Wir können diese Forderung an die Vorlage nicht erfüllen. Sagen Sie deshalb Nein dazu.

Es wurde gesagt, der Gemeinderat habe sich die Aufgabe einfach gemacht. Gemeinderat Guggisberg bestreitet dies. Er hat es sich nicht einfach gemacht und auch die Anliegen, die heute Abend zum Ausdruck kamen, nicht einfach negiert. Er macht auch keine Drohungen. Aber er ist verpflichtet, auf die Folgen dieser Anträge hinzuweisen und aufmerksam zu machen. Wenn man die Vorlage zurückweist, kann man auch die neuen Forderungen nicht erfüllen, und die ganze Vorlage stirbt. Die Grünfläche, die zur Diskussion gestellt wurde, ist ein Schönheitsfehler. Dieser wurde vor etwa 20 Jahren gemacht, und zwar in einer Zeit, als auch ein sozialdemokratischer Stadtpräsident amtierte. Aber dieser Schönheitsfehler wurde nicht einfach begangen, sondern entstand aus einer Notwendigkeit heraus, weil dieser Parkraum benötigt wurde und auch heute noch gebraucht wird.

In verschiedenen Voten kam ein Ja zum Ausdruck, aber verbunden mit einem gleichzeitigen Wenn-und-Aber. Es ist schade, dass diese Leute nicht über ihren Schatten springen und Ja sagen können. Wir sagen entweder Ja, und nehmen gewisse Nachteile in Kauf, oder Nein. Aber die Vorlage so zu überladen, dass sie am Schluss stirbt, ist unfair und scheinheilig. Es wurde weiter erwähnt, man solle das alte Stadion renovieren. Man kann dies zwar diskutieren, es kostete jedoch die Stadt Bern nachher zwischen 20 und 30 Mio. Franken. Ist es sinnvoll, ein Bauwerk zu renovieren, das sich in einem so desolaten Zustand befindet? Gemeinderat Guggisberg kann sich vorstellen, dass wenn der Gemeinderat mit diesem Vorschlag gekommen wäre, dieselben Leute kritisiert hätten, man verschleudere Geld.

Auch das Gewerbesterben wurde angeführt. Es gibt jedoch nichts Besseres für einen Gewerbler, als in der Nähe eines Einkaufszentrums einen Laden zu haben. Wichtig dabei ist nämlich die Kundenfrequenz. Wenn wir hier kein Einkaufszentrum bauen, dann baut es jemand anderes, und der Stadt Bern gehen Einnahmen verloren. Gemeinderat Guggisberg möchte noch festhalten, dass das Stadion nicht nur für YB gebaut wird, man möchte das Stadion nutzen für weitere Anlässe. Betreffend Verfahrensverzögerung: Man kann klar sagen, dass die minimale Frist 9-12 Monate betragen wird. Die Planung wurde jetzt mit einem äussersten Einsatz innerhalb 9 Monate durchgeführt. Und der Gemeinderat ist nicht bereit, die Planungsweiterung überstürzt durchzubringen und sich damit Beschwerden und Schwierigkeiten einzuhandeln. Diese Meinung wird geteilt vom Amt für Gemeinden und Raumordnung. Das Amt schreibt, dass das Projekt noch einmal durch die kantonalen Instanzen vorgeprüft und von der Stadt öffentlich aufgelegt werden muss. Es steht sogar noch weiter geschrieben: "Wir erachten es als rechtlich heikel, wenn die Stadt Bern ihre Praxis, die öffentliche Auflage vor der Volksabstimmung vorzunehmen, willkürlich ändert. Somit wäre eine Verschiebung der Volksabstimmung um mindestens ein halbes Jahr unumgänglich. Wir sind überzeugt, dass das Parkplatzproblem auf der hinteren Allmend im Rahmen einer zweiten Vorlage ebenfalls gelöst werden kann. Und dies ohne Zeitdruck und ohne Gefährdung des Projekts Stadion Wankdorf." Es ist Zeit für Bern, ein positives Zeichen zu setzen und die Meinungen als Lügen aufzuzeigen, die behaupten, es sei in Bern sowieso nicht mehr möglich, etwas zu unternehmen. Zeigen wir Mut und Aufbruchstimmung. Packen wir die Chance und die Vorteile, die wir mit dieser Vorlage haben. Das Gebiet ist gut erschlossen, die Stadt ist in einer zentralen Lage und auch eine Brücke zwischen deutscher und französischer Schweiz. Zeigen wir doch heute das Quentchen Zuversicht, das wir in der heutigen Zeit nötig haben, und senden wir positive Signale aus. Der Gemeinderat empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und die Rückweisung abzulehnen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Der Stadtrat befindet heute nicht allein über eine Vorlage, die nur das Quartier betrifft, eine Vorlage, die nur die Stadt betrifft, sondern über eine Vorlage, die regionalen, kantonalen und nationalen Charakter besitzt. Wir werden mit Argusaugen beobachtet. Und weil es eine Vorlage ist, die eine Bedeutung hat, die über die Stadt hinausreicht, machte auch der Kanton mit bei der Richtplanung; einer Richtplanung, von der gesagt wurde, sie sei nicht so viel wert und schon obsolet. Man wusste, dass es länger geht mit den S-Bahnstationen, und wer die Planung aufmerksam gelesen hat, weiss, dass genau diesem Faktor Rechnung getragen worden ist. Die Richtplanung erfüllt etwas, das schon lange gefordert wurde, nämlich einmal die Probleme des Gebiets gesamthaft anzuschauen. Und wenn jetzt der Gemeinderat dem Antrag der PVK folgen würde, so würde er wortbrüchig. Gemäss Gemeindeordnung ist der Gemeinderat Planungsbehörde. Darum hat

er auch gemeinsam mit dem Kanton einen Koordinationsvertrag mit der Bauherrschaft abgeschlossen. Wenn eine Verzögerung stattfindet, ist der Vertrag obsolet. Stadtpräsident Baumgartner hat persönlich im Namen des Gemeinderats zusammen mit der Baudirektorin des Kantons und den Gemeindepräsidenten von Ittigen und Ostermundigen diese Richtplanung vor drei Monaten unterschrieben. Damals wurde auch eine Rahmenordnung für Parkplätze aufgezeigt, und die umfasst den Streifen, der heute zur Diskussion steht auch als Sockelbedarf. Wenn man nach drei Monaten schon Hand bieten würde, dies zu ändern, wäre der Gemeinderat der Stadt Bern nicht mehr glaubwürdig. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Aussprüche: Wir wollen ein Fussballstadion, wir stehen zu diesem Stadion. Und jetzt wird einfach alles Mögliche noch daran aufgehängt, damit das Projekt stirbt. Ein Debakel könnte näher sein, als man meint. Stadtpräsident Baumgartner will nicht drohen, aber es sei seine Pflicht, dies zu sagen. Denken Sie daran, wir haben heute auch unter Beweis zu stellen, dass es um Glaubwürdigkeit geht, nachdem wir das Geschäft zielstrebig und schnell angepackt haben. Es ist dem Gemeinderat klar, dass die Frage des Parkens in diesem Gebiet auch noch in den Details Konturen gewinnen muss. Aber man muss sie im Zusammenhang anschauen und nicht einfach bei der ersten Gelegenheit ein Stück loslösen, um dies allein zu erledigen. Man sollte dort auch das sonst geforderte vernetzte Denken walten lassen und das Problem gesamthaft anschauen. Man darf nicht einen Stadionneubau, der in einer schwierigen Zeit ein Zeichen ist, ein Zeichen, dass es vorwärts geht, an der Frage aufhängen: Wieviel Parkplatz braucht der Mensch? Sondern es besteht die Pflicht, die verschiedensten Aspekte des städtischen Lebens anzuschauen, gegen einander abzuwägen und eine optimale Lösung zu finden. Und dies bedeutet nie, dass man in einem Bereich das Maximum rausholen, die Vision verwirklichen kann. Zuletzt muss man mit einem Kompromiss auf den Boden zurückkommen, wenn es gut ausgehen soll. Darum bittet der Stadtpräsident, die Rückweisung und die PVK-Anträge abzulehnen und den Kompromissvorschlag des Gemeinderats anzunehmen.

Vorsitzender *Martin Frick*: Die Abstimmung über den Rückweisungsantrag der PVK-Minderheit erfolgt unter Namensaufruf.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag wird mit 62 Nein- zu 12 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die Ratsmitglieder stimmten wie folgt:

Mit Ja stimmten:

Baumann Sven, Hirt Ursula, Jordi Michael, Keller Regula, Lutz Nico, Regli Maria, Rudin-Vonwil Ursula, Sancar Annemarie, Sigerist Peter, Spörri Barbara, Theiler Luzius, von Ballmoos Eva

Mit Nein stimmten:

Aebersold Ernst, Aepli Silvia, Anliker Raymond, Balmer Thomas, Balsiger Oskar, Berthoud Adrian, Bertschy Arnold, Bossart Konrad, Burkard Michael, Burri Michael, Christen Walter, Durrer Marie-Louise, Eyer Marcel, Fankhauser Marcel, Flückiger Jean-Daniel, Flückiger Ehrenzeller Heidi, Fuchs Thomas, Geiser Barbara, Gränicher Hans Ulrich, Haas Adrian, Häberli Rolf, Hess Bernhard, Hügli Stephan, Jaberg Urs, Jordi Alfred, Junker Heinz, Kälin Plézer Esther, Krummen Andreas, Lauterburg Lilo, Lehmann Leslie, Lehmann Annemarie, Linder Peter, Lörtscher Edith, Lüscher Liselotte, Marti Anliker Irène, Mäusli Kurt, Megert Heinz, Meyer Elsi, Mühlheim Barbara, Müller Christoph, Olibet Edith, Rauch Ruth, Riesen Hans Peter, Rub Heinz, Rüegsegger Kurt, Schori Beat, Schweizer Rudolph, Siegenthaler Erika, Sommaruga Franco, Spring Hunziker Sylvia, Stalder Christoph, Stalder-Landolf Franziska, Stauffer Ernst, Stückelberger Ueli, Stucki Margrit, Stucki Peter, Stucki Béatrice, Suter Katharina, Suter Hans-Ulrich, Weyermann Kurt W., Wittwen Hansjörg, Zimmermann René

Enthaltungen:

Blaser Peter, Gretler Bonanomi Simone, Hofmann Andreas, Madl Kubik Edith

Vorsitzender *Martin Frick*: Damit ist Eintreten beschlossen.

Folgende Anträge wurden eingereicht:

Antrag PVK: Neuer Wirkungsbereich:

Die Parkieranlage aus Rasengittersteinen auf der Ostseite der Papiermühlestrasse, auf Höhe des Leichtathletikstadions, des Stadions Wankdorf und der Trainingsfelder sind in den Planungssperimeter einzubeziehen.

Kompromissantrag des Gemeinderats betr. Wirkungsbereich

Der Gemeinderat sichert dem Stadtrat zu, eine Vorlage mit dem Zweck der Neuorganisation und Reduktion der Rasengitterparkplätze Hintere Allmend vorzulegen unter der Voraussetzung, dass Ersatz gemäss Richtplan ESP geschaffen wird. Die Vorlage ist dem Stadtrat zu unterbreiten, bevor eine Baubewilligung für den Stadionneubau erteilt wird.

Art. 1 Wirkungsbereich (Antrag PVK)

Die ZPP gilt für das im Plan umrandete Gebiet *bestehend aus den Sektoren A + B*. Sie geht der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Bern vor. Ergänzend gelten die Vorschriften der Grundordnung.

Art. 2 Zweck (Antrag PVK)

Die ZPP bezweckt *im Sektor A* den Bau eines neuen Sportstadions Wankdorf mit Geschäfts-, Dienstleistungs- und Gewerbenutzungen, *im Sektor B* die Neuorganisation und Reduktion der Parkieranlage aus Rasengittersteinen.

Art. 3 Art und Mass der Nutzung (Antrag PVK)

1) *Im Sektor A* sind ein Sportstadion mit Trainingsfeldern, Ladengeschäften,

2) *Im Sektor B* sind min. 364 der 508 Autoabstellplätze definitiv aufzuheben, davon 180 bis zum Eröffnungstag des neuen Stadions, weitere 184 spätestens am Tag der Inbetriebnahme einer neuen Parkieranlage, welche zur Deckung des Sockelbedarfs im ESP Wankdorf dient. Von diesem Zeitpunkt weg dürfen die verbleibenden 144 Parkierplätze jeweils nur zur Deckung des Spitzenbedarfes bei Anlässen verwendet werden.

Während der Uebergangszeit ist die Benützung der bewirtschafteten Parkierplätze (320) für den Sport, die Freizeit, den Messestandort und als P + R--Standort, nicht aber für den Einkauf, gestattet. Allfällige Verträge sind auf diese Zeitpunkte zu kündigen.

3) *Im Sektor A* beträgt das zulässige Nutzungsmass beträgt insgesamt

Art. 4 Gestaltungsgrundsätze (Antrag PVK)

1) + 2) unverändert

(Antrag O. Balsiger)

3) Für die architektonische des Neubaus und die Gestaltung des Aussenraums ist von der Bauherrschaft ein Wettbewerb auf Einladung nach den Regeln des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins *im Sinne von Art. 122 a Bau V* durchführen. *Die Zahl der Wettbewerbsteilnehmer kann auf 5 beschränkt werden, sofern vor dem Wettbewerb ein Präqualifikationsverfahren durchgeführt worden ist.*

Art. 5 Erschliessung der Parkierplätze (Antrag PVK)

1) unverändert

2) Die Parkplatzzahl für Autos ist *im Sektor A* auf max. 700 Abstellplätze beschränkt. *Für Zweiräder sind mindestens gleichviel Abstellplätze vorzusehen, wie Autoabstellplätze erstellt werden.*

3) Zwischen Papiermühle- und Sempachstrasse ist eine öffentliche Fuss- und Radwegverbindung von mindestens 5.00 Meter Breite zu gewährleisten, *die Richtung Bolligenstrasse eine Fortsetzung finden sollte.*

Art. 6 Besondere Bestimmungen (Antrag PVK)

1) Das Wettbewerbsergebnis *des Sektors A* bildet die Grundlage für das unter Verzicht auf den Erlass einer Ueberbauungsordnung einzureichende Baugesuch.

2) *Für die Gestaltung des Aussenraumes bildet die Verlängerung eines schienengebundenen öffentlichen Verkehrsmittels (Tramlinie 9 bzw. RBS) Richtung Wankdorfplatz sowie die Bereithaltung eine Steifens (Radweg oder Radstreifen) für leichte Zweiräder beidseits der Papiermühlestrasse eine feste Randbedingung.*

Art.5, Ziffer 2 neu (Antrag Fraktion GB/JA!)

Die zu erstellende Parkplatzzahl berechnet sich aufgrund der PPV mit folgenden Reduktionen als Prozentsätze bei Erschliessungsklasse A ("Verkehrskompromiss")

Beschäftigte:

10% Kundenintensive Verkaufsgeschäfte

30% Übrige Dienstleistungsbetriebe

30% Übrige Verkaufsgeschäfte

Kundinnen/Kunden, Besucherinnen/Besucher:

40% Kundenintensive Verkaufsgeschäfte

20% Übrige Dienstleistungsbetriebe

40% Übrige Verkaufsgeschäfte

Mit PP-Bewirtschaftungsmassnahmen ist anzustreben, dass die Anzahl von 4200 zusätzlichen MIV-Fahrten nicht überschritten wird.

Art.5, neue Ziffer 4 (Antrag Fraktion GB/JA!)

Es ist sicherzustellen, dass die Parkplätze auf der hinteren Allmend für Benützerinnen und Benützer der Nutzungseinrichtungen - ausser bei Veranstaltungen im Stadion - nicht zur Verfügung stehen.

Anträge zum Stadtratsbeschluss (Antrag Seite 8)

Zusätzliche Ziffer 3:

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat eine Vorlage mit dem Zweck der Neuorganisation und Reduktion der Rasengitterparkplätze Hintere Allmend vorzulegen unter der Voraussetzung, dass Ersatz gemäss Richtplan ESP geschaffen wird. Die Vorlage ist dem Stadtrat zu unterbreiten, bevor eine Baubewilligung für den Stadionneubau erteilt wird.

Antrag Stückelberger (JBFL)

Zusätzliche Ziffer 3 (allenfalls Ziffer 4):

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vorlage Zonenplan Stadion Wankdorf innerhalb der nächsten 6 Monate der Gemeinde zur Abstimmung vorzulegen.

Der Antrag der PVK betr. Änderung des Zonenplans soll dem Kompromissantrag des Gemeinderats gegenübergestellt werden.

Ordnungsantrag *Ueli Stückelberger* (JBFL). Man soll zuerst über den PVK-Antrag, d.h. den Grundsatz abstimmen, ob in dem Zonenplan eine Änderung vorgenommen werden soll oder nicht. Wenn dies angenommen wird, verfolgt man die einzelnen Anträge der PVK weiter. Wird dies nicht angenommen, so wird der Rest gegenstandslos; dann kann über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt werden.

Beschluss

Der Ordnungsantrag wird mit 40 Ja zu 38 Nein Stimmen angenommen.

Beschluss

Der Antrag der PVK betreffend Ausdehnung des Wirkungsbereich wird mit 39 Nein zu 38 Ja Stimmen abgelehnt.

Die Ratsmitglieder stimmten wie folgt:

Mit Ja stimmten:

Aepli Silvia, Anliker Raymond, Balsiger Oskar, Baumann Sven, Blaser Peter, Burri Michael, Durrer Marie-Louise, Flückiger Ehrenzeller Heidi, Geiser Barbara, Gretler Bonanomi Simone, Hirt Usula, Hofmann Andreas, Jordi Michael, Junker Heinz, Kälin Plézer Esther, Keller Regula, Krummen Andreas, Lehmann Leslie, Lörtscher Edith, Lüscher Liselotte, Lutz Nico, Madl Kubik Edith, Marti Anliker Irène, Mühlheim Barbara, Olibet Edith, Rauch Ruth, Regli Maria, Rudin-Vonwil Ursula, Sancar Anne-marie, Sigerist Peter, Spörri Barbara, Spring Hunziker Sylvia, Stückelberger Ueli, Stucki Margrit, Stucki Peter, Stucki Béatrice, Theiler Luzius, von Ballmoos Eva

Mit Nein stimmten:

Aebersold Ernst, Balmer Thomas, Berthoud Adrian, Bertschy Arnold, Bossart Konrad, Burkard Michael, Christen Walter, Eyer Marcel, Fankhauser Marcel, Flückiger Jean-Daniel, Fuchs Thomas, Gränicher Hans Ulrich, Haas Adrian, Häberli Rolf, Hess Bernhard, Hügli Stephan, Jaberg Urs, Jordi Alfred, Lauterburg Lilo, Lehmann Annemarie, Linder Peter, Mäusli Kurt, Megert Heinz, Müller Christoph, Riesen Hans Peter, Rub Heinz, Rüeegsegger Kurt, Schori Beat, Schweizer Rudolph, Siegenthaler Erika, Sommaruga Franco, Stalder Christoph, Stalder-Landolf Franziska, Stauffer Ernst, Suter Katharina, Suter Hans-Ulrich, Weyermann Kurt W., Wittwen Hansjörg, Zimmermann René

Enthaltungen: keine

Vorsitzender *Martin Frick*: Damit fallen die Änderungsanträge zu Artikel 1, 2 und 3 weg. Der Antrag zu Absatz 3 des Artikel 4 wurde zurückgezogen. Zu Artikel 5, Absatz 2: Einerseits geht es da um eine redaktionelle Änderung, da "im Sektor A" entfällt, weil es jetzt nicht mehr nötig ist, zwischen Sektor A und B zu unterscheiden. Was jedoch aufrechterhalten wird ist der zweite Teil des Antrags, das Fettgedruckte: "Für Zweiräder sind mindestens gleichviel Abstellplätze vorzusehen wie Autoabstellplätze erstellt werden." Es wird also über Artikel 5, Absatz 2 abgestimmt. Der Antrag GB/JA! zu Artikel 5, Absatz 2 wurde zurückgezogen.

Oskar Balsiger (SP): Die Änderung von Artikel 5, Absatz 2: "Für Zweiräder sind mindestens gleichviel Abstellplätze vorzusehen wie Autoabstellplätze erstellt werden", wurde in der PVK mit 10 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Die Änderung in Artikel 5, Absatz 3 betrifft den Fuss- und Radweg Sempachstr./Papiermühlestrasse. Es ist relativ heikel, diesen Weg über die Papiermühlestrasse weiterzuziehen. Deshalb kam man auf diese Ergänzung, die vorschreibt, dass dieser Weg in Richtung Bolligenstrasse eine Fortsetzung finden sollte. Auch dieser Änderung hat die PVK mit 10 zu 0 Stimmen zugestimmt. Eine weitere Änderung bedeutet in Artikel 6 der neue Absatz 2: "Für die Gestaltung des Aussenraumes bildet die Verlängerung eines schienengebundenen öffentlichen Verkehrsmittels (Tramlinie bzw. RBS) Richtung Wankdorfplatz sowie die Bereithaltung eines Streifens (Radweg oder Radstreifen) für leichte Zweiräder beidseits der Papiermühlestrasse eine feste Randbedingung". Auch diese Ergänzung wurde aufgenommen, da es nicht einfach ist von der Verkehrstechnik her, den Anschluss, den das Wankdorf braucht, zu kombinieren. Diese Änderung wird von der PVK mit 6 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme empfohlen. Oskar Balsiger bittet, den drei Änderungsanträgen zuzustimmen.

Alle Abstimmungen zu Art. 5 + 6 finden unter Namensaufruf statt.

Art. 5, Abs. 2

Beschluss

Der Antrag der PVK wird mit 66 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Ratsmitglieder stimmten wie folgt:

Mit Ja stimmten:

Aebersold Ernst, Aepli Silvia, Anliker Raymond, Balmer Thomas, Balsiger Oskar, Baumann Sven, Berthoud Adrian, Bertschy Arnold, Blaser Peter, Bossart Konrad, Burkard Michael, Burri Michael, Christen Walter, Durrer Marie-Louise, Fankhauser Marcel, Flückiger Jean-Daniel, Flückiger Ehrenzeller Heidi, Fuchs Thomas, Geiser Barbara, Gränicher Hans Ulrich, Gretler Bonanomi Simone, Haas Adrian, Hirt Ursula, Hofmann Andreas, Hügli Stephan, Jaberg Urs, Jordi Michael, Junker Heinz, Kälin Plézer Esther, Krummen Andreas, Lauterburg Lilo, Lehmann Leslie, Lehmann Annemarie, Lörtscher Edith, Lüscher Liselotte, Lutz Nico, Madl Kubik Edith, Marti Anliker Irène, Mäusli Kurt, Megert Heinz, Mühlheim Barbara, Müller Christoph, Olibet Edith, Rauch Ruth, Regli Maria, Rudin-Vonwil Ursula, Rub Heinz, Rüeegsegger Kurt, Sancar Annemarie, Schweizer Rudolph, Siegenthaler Erika, Sigerist Peter, Sommaruga Franco, Spörri Barbara, Spring Hunziker Sylvia, Stalder Christoph, Stalder-Landolf Franziska, Stückelberger Ueli, Stucki Margrit, Stucki Peter, Stucki Béatrice, Suter Katharina, Suter Hans-Ulrich, Theiler Luzius, von Ballmoos Eva, Zimmermann René

Mit Nein stimmten:

Eyer Marcel, Häberli Rolf, Hess Bernhard, Jordi Alfred, Riesen Hans Peter, Stauffer Ernst, Weyermann Kurt W., Wittwen Hansjörg

Enthaltungen:

Linder Peter, Schori Beat

Artikel 5, Ziffer 3 (Ergänzung mit "die Richtung Bolligenstrasse eine Fortsetzung finden sollte")

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Ergänzung mit 61 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Aebersold Ernst, Aepli Silvia, Anliker Raymond, Balmer Thomas, Balsiger Oskar, Baumann Sven, Berthoud Adrian, Bertschy Arnold, Blaser Peter, Bossart Konrad, Burkard Michael, Burri Michael, Christen Walter, Durrer Marie-Louise, Fankhauser Marcel, Flückiger Ehrenzeller Heidi, Geiser Barbara, Gretler Bonanomi Simone, Haas Adrian, Hirt Ursula, Hofmann Andreas, Hügli Stephan, Jaberg Urs, Jordi Michael, Junker Heinz, Kälin Plézer Esther, Keller Regula, Krummen Andreas, Lauterburg Lilo, Lehmann Leslie, Lehmann Annemarie, Lörtscher Edith, Lüscher Liselotte, Lutz Nico, Madl Kubik Edith, Marti Anliker Irène, Mäusli Kurt, Mühlheim Barbara, Müller Christoph, Olibet Edith, Rauch Ruth, Regli Maria, Rudin-Vonwil Ursula, Rub Heinz, Sancar Annemarie, Sigerist Peter, Sommaruga Franco, Spörri Barbara, Spring Hunziker Sylvia, Stalder Christoph, Stalder-Landolf Franziska, Stückelberger Ueli, Stucki Margrit, Stucki Peter, Stucki Béatrice, Suter Katharina, Suter Hans-Ulrich, Theiler Luzius, von Ballmoos Eva, Weyermann Kurt W., Zimmermann René

Mit Nein stimmten:

Eyer Marcel, Flückiger Jean-Daniel, Fuchs Thomas, Gränicher Hans Ulrich, Häberli Rolf, Jordi Alfred, Linder Peter, Megert Heinz, Riesen Hans Peter, Schweizer Rudolph, Siegenthaler Erika, Stauffer Ernst, Wittwen Hansjörg

Enthaltungen:

Hess Bernhard, Rügsegger Kurt, Schori Beat

Artikel 6, Absatz 2

Beschluss

Der Antrag der PVK wird mit 74 zu 2 Stimmen angenommen.

Die Ratsmitglieder stimmten wie folgt:

Mit Ja stimmten:

Aebersold Ernst, Aepli Silvia, Anliker Raymond, Balsiger Oskar, Baumann Sven, Berthoud Adrian, Bertschy Arnold, Blaser Peter, Bossart Konrad, Burkard Michael, Burri Michael, Christen Walter, Durrer Marie-Louise, Fankhauser Marcel, Flückiger Jean-Daniel, Flückiger Ehrenzeller Heidi, Fuchs Thomas, Geiser Barbara, Gränicher Hans Ulrich, Gretler Bonanomi Simone, Haas Adrian, Häberli Rolf, Hess Bernhard, Hirt Ursula, Hofmann Andreas, Hügli Stephan, Jaberg Urs, Jordi Michael, Jordi Alfred, Junker Heinz, Kälin Plézer Esther, Keller Regula, Krummen Andreas, Lauterburg Lilo, Lehmann Leslie, Lehmann Annemarie, Linder Peter, Lörtscher Edith, Lüscher Liselotte, Lutz Nico, Madl Kubik Edith, Marti Anliker Irène, Mäusli Kurt, Megert Heinz, Mühlheim Barbara, Müller Christoph, Olibet Edith, Rauch Ruth, Regli Maria, Riesen Hans Peter, Rub Heinz, Rudin-Vonwil Ursula, Rügsegger Kurt, Sancar Annemarie, Schori Beat, Schweizer Rudolph, Siegenthaler Erika, Sigerist Peter, Sommaruga Franco, Spörri Barbara, Spring Hunziker Sylvia, Stalder Christoph, Stalder-Landolf Franziska, Stückelberger Ueli, Stucki Margrit, Stucki Peter, Stucki Béatrice, Suter Katharina, Suter Hans-Ulrich, Theiler Luzius, von Ballmoos Eva, Weyermann Kurt W., Wittwen Hansjörg, Zimmermann René

Mit Nein stimmten:

Balmer Thomas, Eyer Marcel

Michael Jordi (GB) stellt fest, dass Artikel 5, Absatz 4 nicht behandelt wurde, obschon er aufrechterhalten wird. Es geht um eine kosmetische Änderung, die eine Erklärung des Stadtrats bestärken soll, die ohne Verbindlichkeit erwähnt wird. Es gilt sicherzustellen, dass die Parkplätze auf der einen Seite der Papiermühlestrasse nicht für Einkaufszwecke zur Verfügung stehen. Dies müsste betrieblich sichergestellt werden.

Der *Stadtratspräsident* bestätigt, dass über diesen Artikel noch abgestimmt werden muss.

Oskar Balsiger (SP). Wenn man schon über diese Ergänzung abstimmt, dann sollte man es korrekt machen. Ein Problem besteht in der Koppelung der Nutzung des Einkaufszentrums und des Stadions und den Rasengitterplätzen. Der Begriff "Nutzungseinrichtungen" sollte ersetzt werden durch "Zusatznutzungen im ZPP Wankdorf".

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen*: Wenn der Perimeter aufgrund der vorangegangenen Abstimmung nicht mehr drin ist, dann hat auch der Änderungsvorschlag in Artikel 5, Absatz 2 keine Gültigkeit. Er verweist auf den Kompromissvorschlag des Gemeinderats, wo der Perimeter wieder behandelt wird.

Die Lösung, die der *Stadtratspräsident* vorschlägt, ist, dass dieser Punkt in den Beschluss aufgenommen wird. Der Stadtrat stimmt also in diesem Zusammenhang auch über die Parkplatznutzung ab.

Beschlussesentwurf

Ueli Stückelberger zieht seinen Antrag für eine zusätzliche Ziffer 3 zurück.

Oskar Balsiger (SP) verlangt im Namen der SP-Fraktion eine Gegenüberstellung zum Kompromissvorschlag des Gemeinderats. Und zwar ist die SP der Meinung, dass wenn jetzt die Rasengitterparkplätze abgekoppelt wurden, dies möglichst ganz entkoppelt und der Zusatz weggelassen werden sollte. Die SP schlägt vor, dass der Kompromissvorschlag des Gemeinderats folgendermassen abgeändert werden soll: "Der Gemeinderat sichert dem Stadtrat zu, eine Vorlage mit dem Zweck der Neuorganisation und Reduktion der Rasengitterparkplätze in der Allmend vorzulegen." Was wegfällt ist der Zusatz: "...unter der Voraussetzung, dass Ersatz gemäss Richtplan ESP geschaffen wird." Dafür käme der Schlusssatz dazu: "Die Vorlage ist dem Stadtrat zu unterbreiten, bevor eine Baubewilligung für den Stadionneubau erteilt wird." Die SP will damit nicht den Sockelbedarf in Frage stellen. Aber wie dieser Sockelbedarf genau auszusehen hat, darüber möchte sie dann diskutieren, wenn man die Katze genauer kennt, die der Gemeinderat aus dem Sack zieht. Es soll heute nicht ein Freipass vergeben werden. Man kann heute nur schwer abschätzen, welche Synergien es geben wird, weil man die Bewirtschaftung des Parkhauses, das es im Stadion auch noch geben soll, nicht kennt.

Adrian Haas (FDP) hält fest, dass der SP-Antrag inhaltlich ein Zurückkommen auf den PVK-Antrag darstellt, mit dem man den Wirkungsbereich ausdehnen und die Rasengitterparkplätze in Frage stellen will. Dies stellt grundsätzlich in Frage, ob die FDP-Fraktion der Planung dann noch zustimmen könnte.

Ueli Stückelberger (JBFL) bemerkt dazu, dass der Gemeinderat in seinem Kompromissvorschlag ja selber eine Aufhebung oder eine Reduktion dieser Parkplätze vorschlägt. Wenn man den ESP-Perimeter einfach weglässt, dann macht man das einfach etwas offener, und es können keine finanziellen Argumente dagegen angebracht werden. Er möchte den Antrag noch ergänzen durch eine Abänderung des zweiten Satzes: "Die Vorlage ist dem Stadtrat noch 1997 zu unterbreiten." Dies anstelle einer Abhängigkeit von einer Baubewilligung. Man wird den Bauherren nicht warten lassen können, weil im Stadtrat noch nichts beschlossen wurde. Deshalb braucht es eine Entkoppelung und die Setzung einer Frist.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* weist darauf hin, dass ein Grundsatzentscheid gefällt wurde. Er möchte den Stadtrat warnen, jetzt noch schnell ein paar Zusätze reinzudrücken. Zuerst zu dem Antrag, mit dem beschlossen werden soll, was man vorher mit Artikel 5, Absatz 4 hat einführen wollen. Es liefe auf dasselbe hinaus wie das, was soeben abgelehnt wurde. Und zu der Ergänzung des Gemeinderatsantrags, wie sie von Oskar Balsiger vorgetragen wurde. Was der Gemeinderat zur Reduktion und zur Neuorganisation von Parkplätzen geschrieben hat, bedeutet nicht, dass kein Ersatz für aufgehobene Parkplätze gefunden werden müsste. Dies gehört wieder zur Glaubwürdigkeit und wäre ein Wortbruch des Gemeinderats, wenn er sich nicht darum kümmern würde, ob Ersatz nötig ist. Ob es Ersatz für alle reduzierten Parkplätze brauchen wird, ist noch offen. Auch die Festlegung

der Frist 1997 führt zu einer Übereilung, weil doch verschiedene Dinge noch vorgeprüft werden müssen. Auch muss im Zusammenhang mit der NAHA 2 noch die Parkplatzsituation geprüft werden. In der PVK wurde dazu schon gesagt, dass gemäss Artikel 61 der Bauordnung eine Stadtratsvorlage gemacht werden muss. Wann dies so weit sein wird kann Stadtpräsident Baumgartner nicht sagen. Es ist klar, dass dies jedoch erledigt wird, bevor die Baubewilligung - für 1998 angestrebt - erteilt wird. Er bittet den Stadtrat, den Antrag und alle Änderungen des Kompromissvorschlags abzulehnen.

Adrian Haas (FDP) weist darauf hin, dass am Schluss etwas ganz Neues verlangt würde, wenn der Ersatz weggestrichen wird, nämlich eine Reduktion von Parkplätzen. Dies wäre etwas ganz Neues. Wenn aber gesagt wird, eine Reduktion und Neuorganisation sei vorzunehmen, unter der Voraussetzung, dass ein Ersatz dafür gefunden wird, ist dies wie ein Prüfungsantrag an den Gemeinderat. Er müsste die Parkplatzsituation in diesem Gebiet neu einschätzen. Und dies ist möglich mit diesem Antrag. Was man aber nicht kann, ist, wie mit einer Motion hier irgendeine neue Planungsvorlage zu verlangen.

Michael Burri (JBFL) spricht als Bewohner des Nordquartiers. Der Stadtrat hat beschlossen, dass 700 Parkplätze erstellt werden, der Gemeinderat verspricht, mindestens 364 Parkplätze aufzuheben, und jetzt geht es darum, dass diese 364 auch wirklich aufgehoben werden; und eben nicht wieder ersetzt werden durch andere. Unter dem Strich gibt es auf jeden Fall zusätzliche Parkplätze. Der einzige Unterschied zwischen dem Kompromissantrag des Gemeinderats und den Anträgen der PVK besteht darin, dass man mit der Reduktion warten will, bis die Planungsvorlage durchgeführt ist.

Nico Lutz (JA!) verweist auf den Umweltbericht, der zum Bau dieses Stadions erstellt wurde. Darin steht, dass die Parkplätze auf der anderen Seite der Papiermühlestrasse nicht zur Verfügung stehen sollen für Einkäufe und für die Nutzung des Stadions. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass das Stadion umweltverträglich wird. Es wird über etwas diskutiert, das ganz klar inhaltlich miteinander verknüpft ist. Und er möchte, dass dies noch expliziter festgelegt wird.

Oskar Balsiger (SP) verweist ebenfalls auf den Umweltbericht: Es steht geschrieben: "Sie sind umweltverträglich", die 700 Parkplätze, die im Stadion gebaut werden. Sie sind aber nur umweltverträglich, "wenn die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen 500-1000 Plätze der hinteren Allmend nicht von Kunden des Einkaufszentrums benutzt werden können." Es betrifft also nicht nur die Rasenplätze, sondern auch den dahinter gelegenen Lastwagen-Terminal. Also muss der Punkt, der mit Artikel 5, Absatz 4 vorgeschlagen wird, bei der Baubewilligung sowieso irgendwie erfüllt werden. Man versucht also nichts festzulegen, was nicht sowieso schon vorgesehen ist. Wenn man weglässt: "...der Ersatz gemäss Richtplan geschaffen wird", heisst dies noch nicht, dass überhaupt kein Ersatz möglich ist. Was aber heute nicht festgelegt werden soll, ist, dass dieser Ersatz Parkplatz gegen Parkplatz erfolgen muss. Zur Frist 1997 für die Vorlage: Oskar Balsiger findet auch, dass die Frist zu knapp ist. Wenn schon über eine Frist abgestimmt werden soll, dann eher über 1998.

Der *Stadtratspräsident* nimmt diesen Vorschlag als Unterantrag zum Antrag Stückelberger.

Hans Ulrich Gränicer (SVP) beklagt sich, dass nach über drei Stunden Debatte zum dritten Mal versucht wird, die Parkplätze aufzuheben. Am Kompromissantrag des Gemeinderats flickt man rum, damit es keinen Ersatz für die Reduktion gibt. Der Stadtrat steht damit wieder da, wo er vor drei Stunden gestanden hat, bei der Frage: Wollen wir ein Stadion oder wollen wir keines? Die Vereinigung Stadtbernischer Sportverbände schreibt, dass die Aufhebung der Rasengitterparkplätze für die Sportsleute bei grösseren Veranstaltungen ein grosses Problem darstellen wird. Jetzt versucht man zum dritten Mal, das Stadion zu torpedieren. Er ist der Meinung, dass man dem Zusatz zum Kompromissvorschlag des Gemeinderats gar nicht mehr zustimmen müsste, weil die Zone ohne diesen festgelegt wurde. Im übrigen gibt es noch andere Veranstaltungen im Gebiet der Papiermühlestrasse, z.B. Zirkus, Ausstellungen, Veranstaltungen in der Sporthalle.

Ueli Stückelberger (JBFL) zieht seinen Antrag für die Festlegung einer Frist 1997 zurück.

Vorsitzender *Martin Frick*: Es liegen demnach noch zwei Änderungsanträge zum Kompromissantrag des Gemeinderats vor. Der eine ist der SP-Antrag, der andere die Festlegung einer Frist 1998 anstelle der Abhängigkeit von der Baubewilligung.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* warnt davor, jetzt übereilt etwas zu beschliessen, was dem Betrieb des Stadions zuwider läuft. Das Stadion zu betreiben bedeutet, dass man die vielen Cars, die anreisen werden, irgendwo abstellen muss. Diese Cars betrachtet er in diesem Zusammenhang als öf-

fentlichen Verkehr. Deshalb kann man jetzt nicht einfach auf einen Ersatz für Parkplätze verzichten. Der Gemeinderat ist bereit, in einer Vorlage aufzuzeigen, was man wird machen können. Die Probleme sollen aufgezeigt werden, damit sie nachher operativ, wenn 35000 Leute anreisen, umgangen werden können. Es gibt immer wieder Grossanlässe in der Stadt, z.B. der Zibelemärit, die Platz für Cars erfordern. Im Moment stehen dafür die Lastwagen-, die Rasengitterparkplätze zur Verfügung, also die, worüber jetzt gestritten wird. Er bittet darum, die Vorlage des Gemeinderats abzuwarten, die vor der Baubewilligung bereitliegen wird, jetzt nichts zu übereilen und die Anträge abzulehnen.

Bereinigung des Kompromissantrags des Gemeinderats

Antrag der SP, die den Zusatz: "...unter der Voraussetzung dass Ersatz gemäss Richtplan ESP geschaffen wird" streichen will.

Beschluss

Der Antrag wird mit 40 zu 37 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag Hofmann: Ersatz von "...bevor eine Baubewilligung für den Stadionneubau erteilt wird" durch "Die Vorlage ist dem Stadtrat bis Ende 1998 zu unterbreiten".

Beschluss

Der Antrag wird mit 41 zu 37 Stimmen angenommen.

Oskar Balsiger (SP) hält fest, dass die Tatsache, dass die SP-Fraktion diesen Satz streichen wollte, nicht heisse, dass die SP die 500 Parkplätze aufheben möchte. Sondern, dass sie über die Frage, wieviel aufgehoben und wohin sie verlegt werden sollen, reden möchte, wenn die Vorlage des Gemeinderats erfolgt.

Abstimmung über die so bereinigte Ziffer 3.

Beschluss

Die Aufnahme der bereinigten Ziffer 3 wird mit 44 zu 32 bei 2 Enthaltungen angenommen.

Vorsitzender Martin Frick hält fest, dass der Antrag von Michael Jordi auf Aufnahme des Satzes: "Es ist sicherzustellen, dass die Parkplätze auf der kleinen Allmend für Benutzerinnen und Benutzer der Nutzungseinrichtungen - ausser bei Veranstaltungen im Stadion - nicht zur Verfügung stehen." zurückgezogen ist.

Damit der Antrag von Seite 8 bereinigt ist. Damit kommt der Rat zur Schlussabstimmung über die Punkte 1 (Schlussabstimmung) und 3 (bereinigter Kompromissantrag des Gemeinderats). Punkt 2 wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Schlussabstimmung

Die Punkte 1 und 3 des Antrags werden mit 62 zu 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

- Die Traktanden 8 bis 21 werden auf die Sitzung vom 20. März 1997 verschoben .-

Eingänge

Es werden eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen ein Postulat sowie zwei Interpellationen, nämlich:

Interpellation Ernst Stauffer (SD): Gesetzesübertretungen durch ausländische Diplomaten im Strassenverkehr

In der Stadt Bern wird in weiten Bevölkerungskreisen nicht verstanden, dass Angehörige von ausländischen diplomatischen Vertretungen bei Verstössen gegen das Strassenverkehrsgesetz dank der diplomatischen Immunität unbehelligt bleiben. Nicht so in New York. Ausländische Diplomaten in New York müssen ab April 1997 damit rechnen, bei Verkehrsverstössen zur Kasse gebeten zu werden. Diplomatische Immunität sei kein Grund, die Gesetze der Stadt zu missachten.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist die diplomatische Immunität tatsächlich ein Schutz für unbehelligte Gesetzesübertretungen?
2. Ist der Gemeinderat bereit, künftig Angehörige von diplomatischen Vertretungen bei Verkehrsverstössen auch in Bern zur Kasse zu bitten?
3. Wenn nein, wie erklärt der Gemeinderat die abweichende Haltung und Praxis z.B. gegenüber der Stadt New York?

Bern, 13. März 1997

Ernst Stauffer (SD), Alfred Jordi, Hans Peter Riesen, Bernhard Hess, Marcel Eyer, Hansjörg Wittwen

Interpellation Thomas Fuchs (JSVP): Kunst im Rosengarten - wie weiter?

Mit Antrag Nr. 192 vom 11. Mai 1995 wurde im Stadtrat unter dem Titel "Wird der Rosengarten zum Rostgarten" eine Interpellation eingereicht. Kritisiert wurden insbesondere die zwei grossen rostigen Säulen, welche unter grossen Aufwand per Helikopter in den Rosengarten geflogen wurden.

Aufgrund der Antwort des Gemeinderates vom 26. Oktober 1995 erklärte sich der Interpellant mit der Antwort sehr befriedigt, denn es wurde versichert, dass sämtliche Kosten für die Aufbau-, Abbau- und Wiederinstandstellungsarbeiten von der Stiftung Maison Latine getragen werden.

Im Herbst 1996 wurde festgestellt, dass die zwei Kunstwerke noch immer am selben Platz vor sich hin rosteten. Aufgrund zweier telefonischer Anfragen bei der Stadtgärtnerei wurde versichert, dass diese noch bis Ende Jahr entfernt würden.

Heute nun muss die Fraktion SVP/Junge SVP mit Befremden zur Kenntnis nehmen, dass die "Kunstwerke" bis heute nicht entfernt wurden.

Wir wünschen vom Gemeinderat wie folgt Auskunft:

1. Wieso wurden die beiden rostigen Säulen bis heute nicht entfernt?
2. Bis wann werden die rostigen Kunstwerke nun definitiv und fachgerecht entsorgt?
3. Wer trägt die Kosten für die Abbau- und die Wiederinstandstellungsarbeiten und wie hoch sind diese, falls entgegen den Zusicherungen vom 26.10.1995 nun doch die Stadt Bern dafür aufkommen müsste?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Zusagen in der Antwort vom 26. Oktober 1995 wurden bis heute nicht erfüllt und im Rosengarten hat die neue Saison begonnen, ohne dass die Objekte nach Beendigung der letztjährigen Kunstaussstellung wie vereinbart wieder entfernt worden sind.

Bern, 13. März 1997

Thomas Fuchs (SVP), Hans Ulrich Gränicher, Erika Siegenthaler, Heinz Megert, Rudolph Schweizer, Beat Schori, Peter Linder, Rolf Häberli

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Postulat Fraktion SP (Liselotte Lüscher): Kinder werden Jugendliche: ein Jugendkonzept für die Stadt Bern!

Der Gemeinderat hat aufgrund des Postulats Fraktion SP (Leslie Lehmann) "Für eine kinderfreundliche Stadt" versprochen, ein Konzept zur Kinderpolitik zu entwickeln. Das ist positiv. Bereits in der Antwort auf das Postulat wird zugunsten der Kinder teilweise mit den Jugendlichen argumentiert. Die altersmässige Grenze ist schwierig zu ziehen. Meist wird im Zeitraum von 12-25 Jahren von Jugendlichen gesprochen.

Kinderpolitik bezieht sich auf eine Zeitspanne, in der die Eltern meist noch stärker in die Betreuung der Kinder involviert sind und dadurch Engagement für die Schaffung von guten Bedingungen für ihre Kinder entwickeln und oft deren Bedürfnisse an ihrer Stelle formulieren. Im Jugendalter treten Eltern von sich aus oder unter Druck der Jugendlichen selbst stärker zurück, die Lobby für sie wird schwächer. Je älter unsere Jugendlichen werden, desto heterogener ist ihre Zusammensetzung, entsprechend ihrer sozialen Situation und damit ihrer Ausbildungsmöglichkeiten. Die Chancenungleichheit zeichnet sich immer deutlicher ab. Unsere Schulen, Sport- und andere Vereine, die städtischen Jugendtreffs und die Kirche tun, was sie können, um gerade gefährdete Jugendliche oder solche in schwierigen Situationen zu stützen. Heute sind Lehrstellen knapp, Arbeitsstellen für Jugendliche mit oder ohne Ausbildung ebenfalls. Besonders schwer betroffen durch die ungünstige wirtschaftliche Lage sind fremdsprachige Jugendliche der ersten Generation.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, gleichzeitig mit der Erarbeitung eines Kinderkonzepts ein Jugendkonzept zu entwickeln oder - da Kindheit und Jugend ohnehin nicht scharf trennbar sind - beide Themen in einem Konzept zu vereinen und sich damit auch im Bereich der Jugend zu verpflichten.

Bern, 13. März 1997

Fraktion SP (Liselotte Lüscher), Leslie Lehmann, Sylvia Spring Hunziker, Franco Sommaruga, Kurt Mäusli, Marcel Fankhauser, René Zimmermann, Walter Christen, Andreas Krummen, Edith Lörtscher, Heinz Junker, Barbara Mühlheim, Ruth Rauch, Andreas Hofmann, Peter Blaser, Béatrice Stucki, Simone Gretler Bonanomi, Barbara Geiser, Irène Marti Anliker, Edith Olibet, Marie-Louise Durrer, Oskar Balsiger, Esther Kälin Plézer, Raymond Anliker

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr.

Im Namen des Stadtrats

Der Präsident: *Martin Frick*

Der Protokollführer: *Daniel Hostettler*